



13. Juni: Wahltag Die "Zukunft" wählen



Grève sidérurgique

Sommaire

Inhalt

4



Editorial

Die "Zukunft" wählen!

6



Streik bei der Arcelor

Die richtige Entscheidung

8



1. Mai-Feier in Schifflingen

"Zusammen eis Rechter an eis
Arbeitsplaze sécheren"

18



Interregionale 1. Mai-Feiern in Trier und Saarbrücken

Ansprache von Jean-Claude Reding

21



Dossier Wahlprüfsteine

37



Objectif Plein Emploi

Keine Dysfonctionnements

40



Direktive Bolkestein

Frontalangriff auf das soziale Europa

42



Du nouveau dans les entreprises

e.a. nettoyage, pharmacies, chimie, transport

WAHLEN...



BEI ARCELOR



Die "Zukunft"

wählen!

Natürlich ist es nicht egal, wer nach dem 13. Juni das Land regiert und auf die Zukunft vorbereitet. Und gerade diese Zukunft, die der heutigen und noch mehr die der zukünftigen Generationen, ist so bedeutend, dass nichts dem Zufall überlassen werden darf. Der Vorwurf an den OGB•L-Präsidenten zur "alten Schule" zu gehören, ist nichts weiter als eine Umschreibung seines Einsatzes für soziale Absicherung, soziale Gerechtigkeit durch sozialen Fortschritt und gerechte Umverteilung. Experimente sind gefährlich und gehen auf Kosten der großen Mehrheit der Menschen, den Beschäftigten. Dies wird uns auf eine sehr deutliche Art und Weise, fast täglich, durch die Haltung der Arbeitgeberverbände oder durch Vorgaben der EU-Kommission oder anderer Institutionen wie der OECD, der Weltbank, der europäischen und luxemburgischen Zentralbanken, vermittelt oder gar per EU-Direktive aufgezwungen.

Darum ist es von größter Bedeutung, wer das Land regiert und wie die Mehrheiten im europäischen Parlament aussehen werden.

Sozialer Umbau

Viele EU-Länder haben in den vergangenen Jahren deutlich gemacht, was sie unter Modernisierung der Sozialsysteme verstehen: schlicht und einfach Sozialabbau auf Kosten der Arbeitnehmer und ihrer Familien, ohne dass dafür die millionenfache Arbeitslosigkeit, die tausendfache Armut und Ausgrenzung zurückgegangen wären, ganz im Gegenteil!

Die Europäer, die Arbeitnehmer sollen "fit" gemacht, damit die EU ihr Ziel, die konkurrenzfähigste und größte Wirtschaftsmacht auf der Welt zu sein, erreichen kann - egal was die sozialen Folgen sind. Der so genannte "Umbau" über den Weg der Privatisierung und Liberalisierung, muss sozial geregelt und begleitet werden. Produktivität, Kompetenz und Profit dürfen nicht Selbstzweck sein, auch nicht dann wenn sie eine Bedingung

sind, um den sozialen Wohlstand und die soziale Absicherung für alle zu ermöglichen.

Was für die EU gilt, gilt genauso für Luxemburg. Die Arbeitslosigkeit steigt, der Druck auf unsere Sozialleistungen wächst. Die permanente Diskussion bestimmter Kreise über die so genannte Rentenmauer oder den Leistungsabbau bei den Krankenkassen verbunden mit der Wiedereinführung von Karenztagen und einer Absenkung des Krankengeldes auf 80% des Einkommens, sind keine Hirngespinnste, sondern tägliche Kost, die uns via Medien und in vielen Gremien geliefert wird.

Das richtige politische Kräfteverhältnis bestimmen

Wahlprogramme, Wahlaufrufe, Slogans und Plakate gehören zur Wahlkampagne, sind allerdings so unverbindlich, dass man diesen Sirenengesängen nicht verfallen sollte. Natürlich muss sich jeder einzelne Wähler eine eigene Meinung bilden und sollte sich dabei nicht unbedingt von Wahlumfragen beeinflussen lassen. Das politische Kräfteverhältnis, d.h. das Format der Parteien, die regierungsfähig sind und ihre jeweilige Stärke, sind der Maßstab für die Koalitionsverhandlungen und das auszuhandelnde Regierungsprogramm. Nicht das oder die Wahlprogramme bestimmen die Politik der nächsten fünf Jahre. Daher ist es wichtig, dass das Regierungsprogramm die richtige Handschrift trägt.

Politik und politische Führung, das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens. So gesehen, ist es nicht gleichgültig welche PolitikerInnen nach dem Wahltag das Regierungsprogramm schreiben, beeinflussen und anschließend ausführen.



John Castegnaro
Präsident

Einstieg in den Ausstieg verhindern

Arcelor und CFL sind die besten Beispiele für richtige - und falsche - Entscheidungen, die gleichzeitig die Mitarbeiter und die Benutzer, wie im Fall des öffentlichen Transports, betreffen können. Noch ist bei der Arcelor der große Sozialstreit weder gelöst noch beigelegt. Die Verhandlungen und Gespräche kommen nur schleppend voran. Dem gegenüber ist der Erwartungsdruck der Stahlbelegschaften nach der Manifestation in Düdelingen und dem erfolgreichen Streik vom 14. Mai, sehr hoch. Es war übrigens ein historischer Streit in dem Sinn, dass fast 100% der Arbeiter und Beamten gemeinsam für ihre erworbenen Rechte, und mehr noch für ihre Zukunft bereit waren, während 24 Stunden die Arbeit niederzulegen: im Mittelpunkt der Aktion standen die Forderungen nach einer Beschäftigungs- und Lohngarantie, einer hochwertigen Arbeitsorganisation und optimalen Arbeitsbedingungen, die Sicherheit und Gesundheit garantieren.

Arcelor steht zum einen für die Rechte und Garantien der Stahl- und "Tréfileries"-Belegschaften und zum anderen für die Erhaltung sowie die Schaffung von neuen und zusätzlichen Industriearbeitsplätzen. Arcelor steht aber genauso für die Absicherung einer bewährten, menschlichen Betriebskultur oder für ihre Zerschlagung. Die Arbed hat in ihrer Geschichte - dank starker Gewerkschaften - immer eine positive Vorreiterrolle in der Lohnpolitik und der Gestaltung der Arbeitsbedingungen gespielt. Auch darum geht es in der Auseinandersetzung des OGB-L und des LCGB mit dem Arcelor-Management: zu verhindern, dass sie eine nun negative Vorreiterrolle spielen wird und zum Vorwand für andere Betriebe und Sektore wird, Bewährtes über Bord zu werfen.

Deshalb stehen Arcelor und die Regierung nun in der Verantwortung; die Gewerkschaften und die Belegschaften haben ihre bereits übernommen.

“Zesammen d’Zukunft sécheren”

Der OGB-L wird auch nach den Wahlen ein konsequenter Interessenvertreter sein. Eine ganze Reihe von Militantinnen und Militanten kandidieren auf verschiedenen politischen Listen, auch Spitzenmilitanten und der OGB-L-Präsident. Sie alle kennen die Sorgen, die Erwartungen und die Ängste vieler Menschen. Die Zukunft sollte keine Angst bereiten, sondern als Herausforderung gesehen werden, um den sozialen Besitzstand abzusichern und ihn dort gerechter zu gestalten, wo dies nicht der Fall ist.

Dabei sind wir keine Träumer, sondern Realisten und wollen dazu beitragen bestehende Schwächen in unserem Wirtschafts-, Schul- und Ausbildungssystem zu beheben, damit das Recht auf Arbeit und damit eine Existenzgrundlage in diesem Land für alle ein erreichbares Ziel bleiben.



Streik bei der Arcelor

Die richtige Entscheidung

Die Bilanz des 24-stündigen Warnstreiks bei der Arcelor lässt sich sehen: eine fast 100%-ige Beteiligung der Arbeiter und Beamten in den verschiedenen Produktionseinheiten und den Verwaltungen sowie der Produktionsstillstand in allen Werken unterstreichen die Unruhe bei den Arbeitnehmern und ihre Ablehnung des Arcelor-Kurses.

Diese große Mobilisierungsbereitschaft der Arcelor- und "Tréfileries"-Beschäftigten, die enorme Solidarität zwischen Arbeitern und Beamten ist ein klares Signal an das Arcelor-Management, eine Warnung der Stahlbelegschaft, dass die Chefetage dabei ist riesige Fehler mit riesigen Konsequenzen zu begehen.

(Weitere Informationen im Leitartikel).





Ansprache des OGB•L- und CGT-Präsidenten John Castegnaro in Schifflingen

«Zesummen eis Rechter an eis Aarbechtsplaze sécheren»

(Handschriftliche Vorlage, es gilt das gesprochene Wort)

Kolleginnen, Kollegen!

Heute ist ein historischer Tag, ja in zweifacher Hinsicht! Ganz aktuell: die EU-Erweiterung!

Zum zweiten gilt der 1. Mai seit 114 Jahren als Kampf- und Feiertag der Schaffenden, als Ausgangspunkt für einen jahrzehntelangen Kampf - einen erfolgreichen Kampf - für Anerkennung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, soziale Absicherung und sozialen Fortschritt, für Kollektivverträge, automatische Indexierung, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Wir begrüßen heute zehn neue EU-Beitrittsländer und mit ihnen 75 Millionen Menschen. Für die große Masse von ihnen ist Europa ein Hoffnungsträger für Arbeit, soziale Absicherung und Wohlstand, sowie die definitive Absicherung politischer Demokratie nach Jahrzehnten der Diktatur. Wir wünschen diesen Menschen, dass ihre Hoffnungen schnell in Erfüllung gehen, dass ihre Angst vor der EU und die Angst bei vielen von uns vor Sozial- und Wirtschaftsdumping, vor massiver Auswanderung vom Osten in den Westen und damit vor einer Überschwemmung unserer Arbeitsmärkte durch billige Arbeitskräfte ohne Grund sind! Jeder muss einen Platz in seinem Land finden, dies jedoch nicht auf Kosten anderer.



Die Menschen in der erweiterten EU sind großen Herausforderungen und Gefahren ausgesetzt! Diese gehen nicht von der EU aus, sondern von jenen Kräften in Politik, Wirtschaft und Finanzen, die in der EU ein Instrument der Bereicherung, der politischen und der wirtschaftlichen Macht sehen; die nicht den Menschen in den Mittelpunkt stellen, sondern das Profitstreben.

So muss vor allem der Delokalisierungspolitik der Betriebe in die neuen EU-Länder und in den Osten insgesamt ein Ende gesetzt werden. Die Delokalisierung produziert Arbeitslosigkeit bei uns, ohne in neuen Ländern sichere und anständig bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen respektive die Auswanderung zu stoppen oder die Kaufkraft in der gesamten EU zu erhalten oder zu verbessern. Gerade diese millionenfache Verbesserung der Kaufkraft ist ein wichtiger Motor für die Konjunkturbelebung und das Wirtschaftswachstum!

Kolleginnen, Kollegen!

Wenn die EU weiterhin einseitig der Wirtschaft die Priorität vor dem Sozialen und der Vollbeschäftigung beimisst, ist das soziale Europa definitiv in Gefahr. Dies zu verhindern ist vor-



rangig die Verantwortung der nationalen Politiker, denn sie bestimmen den Kurs. Die Kommission führt lediglich aus.

Die so genannten "Lissabonner Ziele" vom März 2000 werden immer stärker einseitig interpretiert, d.h. im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit und mit dem Ziel die EU bis 2010 zur stärksten Wirtschaftsmacht weltweit machen, sogar zum Preis des sozialen Kahlschlags.



Wir, die Gewerkschaften, wollen nicht, dass die EU zum wirtschaftlichen Riesen und zum sozialen Zwerg wird! Wir lehnen es ab und sind es müde, dass mit dem Argument der Globalisierung in unseren Regionen Wettbewerbsfähigkeitsziele durch Sozialabbau erreicht werden sollen und in den neuen Ländern soziale Ziele wegen der Wettbewerbsfähigkeit erst gar nicht erreicht werden dürfen.

Das ist nicht unser Europa! Unser Europa ist ein Soziales, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die Reichen, die Mächtigen aus der Finanz- und Wirtschaftswelt und mit ihnen der Neo- und Ultraliberalismus, der Kapitalismus, die Liberalisierung und Privatisierung. Verlierer sind die Bevölkerung, die Menschen! Verlierer ist der Fortschritt im Sozial- und Umweltbereich! Und wir riskieren ein neues Mehrklassen-System statt sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Darum müssen die Gewerkschaften und die gesamte Zivilgesellschaft - aber auch fortschrittliche politische Parteien - Einfluss auf die EU-Verfassung nehmen, in der das Soziale Vorrang vor dem Wirtschaftlichen haben muss.

"Es gibt kein politisches Europa ohne ein soziales!" Die EU ist kein Selbstzweck, auch nicht im Sinne der Wirtschaftspolitik,

der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität. Darum sprechen wir den überbezahlten Schreibtischtätern aus den Zentralbanken der EU, der OECD u.a. das Recht ab, der Masse der Menschen Sozialabbau zuzumuten. Es ist unverantwortlich einen Abbau des Arbeitslosengeldes als Stimulanz für Vollbeschäftigung zu fordern. Diese Verarmungspolitik akzeptieren wir nie, weil sie straft die ohnehin vom System Bestraften und wäre ein weiterer Schritt, um andere Mindestsozialleistungen in Frage zu stellen: Nein!

Die EU, das ist nicht nur Positives. Unerträglich für uns sind:

- ◆ rund 70 Millionen Arme in der EU der 15
- ◆ 15 Millionen Arbeitslose
- ◆ die Zerschlagung bewährter Sozial- und Rentensysteme im Namen des rigiden "Wirtschafts- und Stabilitätspaketes", zu Gunsten der Privatisierung der Sozial- und Rentensysteme
- ◆ die Abschaffung der Prérétraite und der Frührentensysteme (57/40)
- ◆ die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre
- ◆ die heuchlerische Diskussion über die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, die in der Realität keiner will, oder die gar entlassen werden
- ◆ die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Transport, Wasser, Energie und morgen vielleicht auch die öffentliche Schule, die Spitäler, ... ! Sie ist gleichbedeutend mit:
 - ◆ weniger Qualität zu hohen Preisen!
 - ◆ keinem garantierten Zugang für alle!
 - ◆ schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen und Leistungsabbau für das betroffene Personal (CFL heute, Post morgen, TICE u. a. übermorgen)





Kolleginnen, Kollegen!

Die Hitzewelle des vergangenen Jahres mit Zehntausenden Toten als Folge, sind das Resultat von Sparprogrammen und der Zerstörung sanitärer Infrastrukturen! Von Unmenschlichkeit!

Wohnungsnot, teure Anschaffungspreise und demnächst teurere Mieten sind das Resultat von Bauland in privater Hand und Spekulation. Den Spekulanten in Luxemburg wird seit Jahrzehnten immer wieder im Wahlkampf der Krieg angekündigt, ohne jegliche Folgen. Der Staatsminister steht im Wort! Ein 100-Euro-Sparbuch für Babys als Ersteinlage für eine spätere Wohnungsanschaffung ist keine Alternative, sondern eine Ablenkung!

Die Ansiedlung neuer Industrien und Betriebe auf den Industriebrachen (friches) von Belval wird kompliziert sein, weil die Arcelor und andere sich einmal mehr eine goldene Nase mit Terrains verdienen wollen! Die dramatische Entwicklung um den geplanten Abbau von rund 1.000 Arbeitsplätzen bei der Arcelor passt übrigens in das gleiche Konzept, in dem das Profitstreben Vorrang vor den Menschen hat!

Chers amis,

Le 1^{er} mai est un moment historique avec l'arrivée de 10 nouveaux pays membres au sein de l'UE et de 75 millions de nouveaux citoyens européens. Nous souhaitons que les espérances de ces hommes et femmes se réalisent et que nos craintes et notre peur d'une migration en masse et de dumping social et économique ne se confirmeront pas.

Il nous faut une Europe sociale, une Europe au service des citoyens et non des sociétés anonymes et des grands groupes financiers.

Chers collègues,

Il faut faire progresser l'Europe sociale ... , si nécessaire même par la force! L'Europe nous appartient et non pas aux sociétés anonymes, aux néo-libéralistes et aux capitalistes Depuis des années, nous assistons en Europe, à un affaiblissement permanent des structures et des systèmes sociaux. La privatisation et la libéralisation sont de plus en plus le leitmotiv des constructeurs et bâtisseurs de l'UE, des technocrates, des politiciens et des patrons.

Avec la CES nous revendiquons le plein emploi, la protection, la justice et le progrès social. Nous refusons le démantèlement social, la privatisation des systèmes de la sécurité sociale et la libéralisation à gogo des services publics. Nous disons non à la politique de chantage des patrons. La délocalisation d'entreprises veut dire désindustrialisation chez nous au prix d'un travail précaire mal payé dans les pays où ces entreprises seront implantées pour être délocalisées par la suite dans d'autres régions de l'Europe voire de l'Asie.

C'est dans ce contexte qu'il faut voir les licenciements chez Villeroy&Boch, Cepal et autres, mais aussi l'étude Arcelor qui vise à supprimer 1.000 emplois et à fermer le site sidérurgique de Dudelange pour des seules raisons de profit!

Nous disons non à cette réduction et à cette fermeture, non à toute forme de licenciement. Nous disons non aux nouvelles formes d'organisation de travail, qui visent à remplacer 1.000 salariés sidérurgiques par des firmes de sous-traitance et des intérimaires pour faire des économies sur le dos des travailleurs et pour créer un système social à deux vitesses dans la sidérurgie. Ce sera un mauvais exemple pour d'autres entreprises. Nous disons non!

Chers amis,

La manifestation des sidérurgistes du 27 avril était un grand succès. La grève d'avertissement du 14 mai le sera aussi !

Kolleginnen, Kollegen,

Nun soll Europa auch noch einen "Super-Kommissar", einen Vizepräsidenten der EU-Kommission "für Konkurrenzfähigkeit" und mit Veto-Recht erhalten. Hinter dieser Idee stehen die Modernisierer, die Restrukturierer, die Umwandler des sozialen Europas, die Zerstörer jener Sozialsysteme, die den Menschen in den Mittelpunkt stellten. Dahinter stecken die Regierungschefs. Ein "Super-Kommissar-Vizepräsident" ist eine Provokation für die Gewerkschaften und die Schaffenden in Europa. Eine solche Funktion setzt definitiv die wirtschaftliche Zielsetzung als Schwerpunkt der EU in den Mittelpunkt und zerstört endgültig das Gleichgewicht und die notwendige Partnerschaft im Aufbau und Ausbau eines gerechten Europas. Das ist keine Innovation, sondern purer Dirigismus!

Wenn diese Idee denn nun wirklich zum Tragen kommen sollte, dann fordern wir ein Gegengewicht in der Person eines "sozialen Vizepräsidenten", denn nur so kann die soziale Kohäsion garantiert und verhindert werden, dass der Glaube an Europa verloren geht.

Die Politiker, die Staats- und Regierungschefs stehen auch hier in der Verantwortung und müssen Farbe bekennen, anstatt sich scheinheilig zu verdrücken.



Chers amis,

L'Europe sociale, c'est quoi ? Après les élections en France et la défaite de la droite, Chirac affirme avoir entendu (enfin) le message des Français, et pour cause ... On ne peut pas à la longue dissocier le social de la finance et de l'économie. Les Français ont dit non au démantèlement social, à la libéralisation et à la privatisation ! Il faudra encore que les Schroeder, Blair, Berlusconi et autres le comprennent enfin ! Il en va du même pour le Luxembourg à l'approche de l'échéance électorale du 13 juin. La politique, les gouvernements sont les vrais responsables, la Commission n'est qu'un exécutant!

Oui à l'Europe, mais alors qu'elle soit surtout sociale !

Kolleginnen, Kollegen,

- ◆ Am 5. Februar haben über 2.000 Beschäftigte aus den Kliniken mit Erfolg für eine kontinuierliche Kollektivvertragspolitik, für das Einhalten der Abmachungen und für ein Teilzeitarbeitsmodell im Interesse der Lebensqualität und der Schaffung neuer Arbeitsplätze manifestiert.
- ◆ Am 18. März haben hunderte Bankbeamte gegen die negativen Kollektivvertragsverhandlungen und die Indexneutralisierung protestiert.
- ◆ Am 26. April hat die Mehrheit der Beschäftigten in den Apotheken für einen Kollektivvertrag manifestiert.
- ◆ Am 27. April haben rund 2.500 Arcelor-Beschäftigte gegen die Schließung des Walzwerkes Düdelingen und den Abbau von rund 1.000 Arbeitsplätzen demonstriert und einen 24-stündigen Warnstreik für den 14. Mai angekündigt.



- ◆ Vor Monaten haben 15.000 Unterzeichnete in einer OGB-L-Petition moderne Gewerkschaftsgesetze, d.h. mehr Wirtschaftsdemokratie gefordert.

Ein Beweis, dass die gewerkschaftliche Schlagkraft groß und intakt ist! Dass die Zeichen auf Sturm stehen! 25 Jahre OGB-L, eine Erfolgsstory - die richtige Entscheidung einer modernen Gewerkschaft mit einer außergewöhnlichen Schlagkraft und Präsenz: der OGB-L das sind 56.500 Mitglieder und Traumergebnisse bei den Sozialwahlen! Dem OGB-L wurde damit Kompetenz und Vertrauen zugesprochen; der ADR-Supporterclub NGL hingegen ging leer aus! In der Zwischenzeit haben die Ratten das sinkende Schiff verlassen (Gybérien, Jaerling - Fédération syndicale).

Politiker und Bosse aus der Wirtschaft sollten sich keine Fehleinschätzungen leisten. Sie müssen wissen, dass diese Kraft zu mobilisieren und zu streiken weiß, wenn ehrlicher Dialog und Verhandlungsbereitschaft nicht mehr möglich sind.

Das sollten auch die Chef-Etage in der Arcelor-Zentrale und andere nicht unterschätzen!

Sozialer Frieden hat seinen Preis, wie jede andere Form des Friedens auch! Dazu gehören: eine gerechte Umverteilung, die Arbeitsplatzsicherung sowie die soziale Absicherung auf hohem Niveau.

Kolleginnen, Kollegen!

Wir erinnern die früheren Arbed- und heutigen Arcelor-Chefs an ihr gegebenes Wort

- ◆ alle bestehenden Standorte zu erhalten
- ◆ Arbeitsplätze zu sichern
- ◆ die Diversifikationspolitik weiterzuführen und damit neue Aktivitäten im Industriebereich zu schaffen.

Was jetzt geplant ist, kommt einem Wortbruch gleich und ist ein Verrat am Land und an den Stahlbelegschaften; ein Wortbruch im Namen des Profits, auf Kosten der Beschäftigten; ein weiterer Substanzverlust an industriellen Arbeitsplätzen und eine vorprogrammierte Arbeitslosigkeit für nachfolgende Generationen.

Darum sagen wir nein, nein und nochmals nein! Darum mobilisieren wir weiter und streiken am 14. Mai!

Kolleginnen, Kollegen!

Die bittere Realität sieht so aus:

- ◆ Villeroy & Boch: - 180 Arbeitsplätze
- ◆ Cepal: - 80
- ◆ Paul Würth: - 85
- ◆ Tréfilerie Bettemburg: - 150
- ◆ Tréfilerie Bissen: - 80
- ◆ Arcelor: -1.000
- ◆ ISP-Gruppe - 150
- ◆ Bankplatz -1.000
- ◆ DuPont de Nemours: - 23



Und an diesem letzten Beispiel werden Machtpolitik und Erpressungsmethoden unmissverständlich und auf brutale Art und Weise verdeutlicht.

Kolleginnen, Kollegen!

Aus reinen Profitgründen baut DuPont weltweit 3.500 Stellen ab und - aus Prinzip - auch 23 in Luxemburg, obwohl hier Arbeitskräfte fehlen! Das ergibt wirtschaftlich keinen Sinn, hat aber eine hohe Symbolkraft, soll Angst einjagen und Respekt hervorrufen. Das ist arrogant, das ist Neoliberalismus!

Genauso wie bei der Arcelor, wo 2/3, das sind rund 660 Beschäftigte einer Reorganisation, d.h. dem Abbau von Stammpersonal zu Gunsten von modernen Sklaven aus Zuliefer- (sous-traitant) oder Leihfirmen, die flexibler und billiger sein sollen, zum Opfer fallen sollen und 1/3, d.h. 330 Beschäftigte für 175 Millionen Euro an Investitionen - aber in Wirklichkeit einer drastischen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, der Sicherheit und Gesundheit - geopfert werden! Tatsache ist, das die tödlichen Arbeitsunfälle im Arcelor-Konzern in der Regel betriebsfremde Leiharbeiter betreffen.

Der wahre Hintergrund ist Profitstreben auf dem Buckel des Saliariats, kombiniert mit Erpressung und der Drohung ganz Betriebe oder Teile davon zu schließen, outzusourcen oder zu delokalisieren!

Die Zahlen des luxemburgischen Arbeitsmarktes bleiben schlecht und damit wächst die Angst vor einer weiterhin steigenden Arbeitslosigkeit. 8.749 Arbeitslose und 3.142 Menschen in den so genannten Beschäftigungsmaßnahmen, d.h. 4,3% respektive fast 6% Arbeitslosigkeit sind eine bittere Realität und dramatisch für den Einzelnen und seine Familie.

Daran ändern auch die "Erfolgsmeldungen" über die zusätzlichen 43.207, seit 1999 geschaffenen Arbeitsplätze, nichts. Es fehlt an Transparenz über die Qualität dieser Arbeitsplätze, man weiß nicht wie viele unter ihnen Teilzeit- oder Stundenjobs sind, wie viele Briefkasten- und Nischenfirmen. Die von uns, nach dem Kralowetz-Skandal, geforderte Tripartite über die Nischenpolitik muss stattfinden, sowie wir endlich Gesetze brauchen, um die Zahl der Konkurse einzuschränken und den Profitjägern das Handwerk zu legen. Hier ist politisches Handeln längst überfällig!

Das vorliegende Gesetzprojekt über den "Chômage social", d.h. auch die gesetzliche Begleitung der Beschäftigungsinitiativen, wird und darf so nicht gestimmt werden. Akteure jeder Couleur sind dagegen, weil der vorliegende Text unzulänglich und weiter stark bürokratisch ist. Wir stellen aber bereits jetzt eine schreckliche staatliche Bürokratie, ja Schikanen im Umgang mit den Beschäftigungsinitiativen fest. Zarabina steht vor dem Konkurs, 700 Beschäftigte beim Objectif Plein Emploi riskieren finanzielle Engpässe, andere auch! Wollen wir 3.000 Arbeitslose mehr? Wir appellieren an den gesunden Menschenverstand des Arbeitsministers, die Kontinuität im Interesse der betroffenen Menschen zu garantieren. Wir fordern von einer neuen Regierung die Solidarwirtschaft einzuführen und von den verschiedenen Arbeitgeberverbänden ihren unberechtigten Widerstand aufzugeben. Als Alternative könnte die Fédération des Artisans - selbst ernannter größter "créateur d'emplois" - diese Menschen in ihren Mitgliedsbetrieben einstellen!



Arbeitslosigkeit kann auch durch Arbeitszeitverkürzung, definitiv oder vorübergehend bekämpft werden, anstatt sofort auf Sozialpläne verbunden mit Entlassungen, zurückzugreifen. So der Tenor der Regierung vor einigen Monaten!

Der feierliche Appell des Staatsministers vom 27. April an die Adresse des Patronats ändert nichts an dessen Weigerung jeder Form von Arbeitszeitverkürzung zuzustimmen. Die Gewerkschaften fühlen sich seitens der Regierung im Stich gelassen, aber wir werden den Kampf nicht aufgeben. Im Spitalkonflikt haben wir durch die Streikbereitschaft des Personals und zähe Verhandlungen über eine neue, solidarische Arbeitszeitorganisation, die Altersteilzeit, eine neue Form der "préretraite progressive" erzwungen.

Konkrete Engagements, Taten, fordern wir auch für den Tiefbau, sowie ein offensives Vorgehen im Baugewerbe insgesamt!

Kolleginnen, Kollegen,

Wir müssen und können uns wehren! Wir müssen wissen, wer unsere Verbündeten in der Politik sind, auch nach dem 13. Juni. Sonntagsreden sind keine Garantie, genauso wenig wie die beste Rede zur Lage des Landes, weil vieles doch nicht angesprochen oder vertieft wurde - also offen bleibt.

Wir wollen in diesem Lande mehr sichere und stabile Arbeitsplätze! Wir brauchen eine Reform der ADEM, der ITM; wir brauchen moderne Arbeitsgesetze!

Wir warnen vor einem Anschlag auf die kontinuierliche Kollektivvertragspolitik, auf unsere Löhne, auf die Arbeitsbedingungen und den Index, wie die ABBL dies will. Darum muss das Kollektivvertragsgesetz verabschiedet werden, damit die Regeln unmissverständlich sind. Darum prangern wir das Verhalten der Bankenvereinigung und ihres CSV-Direktors an!



Chers amis,

Nous savons que depuis des mois, les cahiers de commandes dans le génie civil sont en régression et que plus de 2.000 emplois sont en danger, même si le reste du secteur du bâtiment et de l'artisanat du bâtiment bat toujours son plein. Le patronat profite de la situation pour retarder la conclusion voire la reconduction des contrats collectifs du secteur en général. Nous mettons les patrons en garde : ils doivent savoir que la mobilisation est en cours et que des actions syndicales sont en préparation ! Nous exigeons du gouvernement et des administrations communales que les investissements prévus se fassent au plus vite pour éviter du chômage en masse. Nous en avons marre des paroles, nous voulons le passage aux actes!

Wer wie diese Leute, trotz Rekordgewinnen, den Index "neutralisieren" (= neue Bezeichnung für seine Abschaffung) will, kann nicht mehr ernst genommen werden. Die ABBL hat sich definitiv zur Speerspitze für alle Patronatsorganisationen in Sachen Abbau gemacht!

Gerade die Banken zählen zu jenen Arbeitgebern, die aktiv und heftig und um jeden Preis Mitarbeiter ab 50 Jahre aus dem Job drücken. Ihnen ist egal, was die EU-Kommission und die luxemburgische Regierung predigen: ältere Arbeitnehmer sind zu teuer und haben keine Zukunftsperspektive. Sie müssen raus, koste es was es wolle. Die Banken zahlen einen hohen Preis dafür, dokumentieren aber mehr als alle anderen unfaires Verhalten gegenüber verdienten Mitarbeitern.



Nous sommes solidaires avec les employés du secteur bancaire et nous les soutenons dans leur détermination et leur volonté de se battre contre le démantèlement social et les tentatives de neutralisation de l'indexation automatique des salaires.

Nach den Turbulenzen um die Piloten bei der Luxair, riskieren wir nun schwierige Kollektivvertragsverhandlungen zu haben. Das Management muss sich definitiv Fragen stellen! Dieser Flugbetrieb braucht die 2.300 Beschäftigten, um funktionieren zu können. Wann wird endlich hier, wie in vielen anderen Betrieben, die soziale Verantwortung durch die Manager übernommen? Oder müssen wir sie erzwingen? Willkürliche Entlassungen, Stress, Mobbing machen krank. Jährlich sterben 2 Millionen Menschen am Arbeitsplatz.

Wir warnen auch vor Angriffen auf die Leistungen der Krankenkassen und den Anschlag auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wir fordern, dass die Beitragsgrenze abgeschafft wird, damit zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stehen. Wir lehnen es ab, dass unsere Renten verschlechtert, das Rentensystem krank geredet und die Rentenmauer künstlich vorgerückt wird, dass Prérétraite und Frühpensionierung (57/40) in Frage gestellt werden.

Wir fordern die Anpassung des neuen Invalidengesetzes an die Beschlüsse der Tripartite und verlangen, dass Bürokratie und Patronat kranke Menschen respektieren und sie vor dem finanziellen Ruin bewahren. Der Zickzackkurs der Regierung, die Weigerung klare Aussagen zu machen oder unterschwellige Drohungen machen uns nervös!

Kolleginnen, Kollegen,

Wir wollen keine spanischen Zustände bei der Arcelor! Wir lehnen die Einführung amerikanischer Zustände oder besser Missstände im Arbeits- und Sozialrecht ab. Das Resultat wäre ein Mehrklassen-System durch private Zusatzversicherungs-

systeme auf Kosten eines bewährten, auf nationaler und solidarischer Basis aufgebauten Sozialsystems und dem Anspruch der Menschen, ohne Rücksicht auf ihr Einkommen, optimalen Schutz und soziale Absicherung in allen Lebenslagen in Anspruch nehmen zu dürfen. Das ist ein Menschenrecht und darf keine Frage des Geldbeutels sein!

Kolleginnen, Kollegen,

Der Staatsminister hat in der Erklärung zur Lage des Landes ein Pakt/Bündnis für Innovation vorgeschlagen. Warum eigentlich auch nicht? Der Pakt muss allerdings eine positive Innovation sein! Der OGB♦L fordert seit 1994 eine Diskussion über die Zukunftsgestaltung unseres Landes! Ein Land, in dem alle eine Chance haben müssen, eine Perspektive, Chancengleichheit für Frauen, Männer, Behinderte, Luxemburger, Nicht-Luxemburger und warum nicht auch Asylanten. Bei "Innovation" gilt es aber auch aufzupassen auf Wortspielereien und Hintergedanken. Die Modernisierer in anderen EU-Ländern haben bereits Sozialabbau betrieben.



Auch wir sind für Innovation, aber eine Innovation im Sinne einer gerechteren Umverteilungspolitik, für eine Innovation bei der die Finanzierung und die Absicherung der Renten- und Sozialsysteme auf einem hohen Niveau gewährleistet bleiben. Dies trotz der Kioto-Auflagen und der EU-Direktive über die Einschränkung der CO₂-Emissionen oder dem IVL (Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept), das zwar bedeutend für die Zukunftsgestaltung unseres Landes sein kann, aber einen starken finanziellen Impakt hat. Diese Aussichten wirken dann aber negativ und abschreckend, wenn sie mit Kommentaren begleitet werden, dass alle "Wasser in den Wein" oder wie früher angemahnt "den Riemen enger schnallen" müssen. Wir fragen uns, wer damit gemeint ist.

Kolleginnen, Kollegen,

Die Globalisierung und die weltweiten Fusionen rufen Angst hervor. Die EU steht leider auch für Umbau und Abbau im Renten- und Sozialbereich.

Wir fordern eine Zukunft ohne Angst:

- ◆ für jene die Arbeit haben und behalten wollen
- ◆ für die Jugend, die Arbeit braucht
- ◆ für die Menschen, die alt werden
- ◆ für die Kranken, die gesund werden müssen.

Die Prioritäten der politischen und gewerkschaftlichen Aktion müssen unmissverständlich sein. Zu diesen Prioritäten gehört die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, auch durch ein leistungsfähiges, öffentliches Schulsystem, das durch Chancengleichheit hervorsteicht. Wir brauchen die bestmögliche Schul-, Berufs- und Weiterbildung, weil Bildungspolitik in all ihren Formen nicht nur ein "Wahlschlager", sondern viel mehr das Fundament der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ist und damit eine Investition in die Zukunft.

Dazu gehört auch ein modernes und einheitliches Arbeitnehmerstatut, das die Aufwertung und die Anerkennung des menschlichen Kapitals schafft und damit eine Gleichstellung mit dem eigentlichen Kapital. Beide müssen sich gleichberechtigt ergänzen. Diese wirkliche offensive Politik sollte als starkes Argument - als Basis - gelten, um eine Offensive für die Ansiedlung neuer Betriebe in Luxemburg auslösen.

Warnung: Anhaltende Arbeitslosigkeit riskiert eine Fraktur in unserer Gesellschaft zu provozieren, Streit zwischen jenen, die einen sicheren Arbeitsplatz haben mit jenen, die mit dem permanenten Risiko der Arbeitslosigkeit leben müssen.



Kolleginnen, Kollegen,

Das Land braucht eine neue und globale offensive Politik in allen wichtigen Bereichen. Wir brauchen Motivation und Überzeugungskraft statt Gejammer, ständigen Warnungen oder falschem, indirekten sozialen Umbau. Die übertriebene steuerliche Begünstigung privater Pensionszusatzsysteme ist rentabel für Großverdiener, leider aber ein Bluff, eine Seifenblase, für alle anderen. Sie gilt als Vorwand um das eigentliche, nationale und solidarischen, Rentensystem zu torpedieren und zu verschlechtern. Das gleiche gilt auch für die Krankenkassen!

Die Gewerkschaften haben immer Verantwortung übernommen. Dies erwarten wir genauso von der Politik und den Bossen!

Die Gewerkschaften müssen sich noch stärker den Herausforderungen stellen, das ist eine Frage der Stärke und der Glaubwürdigkeit. Die Globalisierung, Klein- bis Megafusionen von Betrieben und Konzernen liquidieren Arbeitsplätze und erzwingen Lohn- und Sozialabbau. Dem muss - härter denn je - die geballte Gewerkschaftskraft durch starke, einheitliche Gewerkschaften entgegengestellt werden.

Demnächst fusionieren die zwei großen internationalen Gewerkschaftsbünde, unser IBFG (Internationaler Bund freier Gewerkschaften mit 165 Millionen Mitgliedern) mit dem WVA (Weltverband der Arbeit, die christliche Internationale mit 25 Millionen Mitgliedern) zur Globalen Weltgewerkschaft. Dies sollte den LCGB nachdenklich stimmen und als Impuls für die Schaffung der Einheitsgewerkschaft in Luxemburg empfunden werden.



Wir sind bereit! Es ist auch eine Frage der Verantwortung gegenüber den Schaffenden, der Fusion der Konzerne, die Fusion der Gewerkschaften entgegenzustellen!

Kolleginnen, Kollegen,

Um noch einmal auf die Arcelor zurückzukommen: nach den negativen Schlagzeilen sollte sie die Gelegenheit nicht verpassen, positive Akzente zu setzen und beispielhaft zu sein, indem sie

- ♦ die Investitionen auf einem hohen Niveau halten sollte
- ♦ die Stahlstandorte und die Beschäftigung erhalten und schaffen sollte.

Der Stahl muss in Luxemburg eine Zukunft behalten, freiwillig oder gezwungen! Wir alle haben dafür bezahlt und die Stahlbelegschaften haben größte Opfer gebracht.

Wenn die Arcelor eine Kraftprobe will, kriegt sie sie! Andere auch!

**Rendez-vous am 14. Mai,
dem Streiktag der Stahlarbeiter!**

"Mir wëllen a wäerten eis Zukunft sécheren"

"Vive den 1. Mai 2004!"

Ansprache von Jean-Claude Reding IGR-Vorsitzender in Trier und Saarbrücken



Kolleginnen und Kollegen,

10 neue Länder treten heute der europäischen Union bei. Die Spaltung Europas, welche die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts beherrschte, ist damit vorbei. Eigentlich müsste dies Grund zur Freude sein, nur in der Bevölkerung bei den Arbeitnehmern kommt keine rechte Freude auf. Sorge ist eher das vorherrschende Gefühl. Sorge über mögliche Delocalisierungen, Sorge um Sozialdumping. Ursache dieses unguuten Gefühls ist die mangelhafte soziale Dimension der europäischen Union. Viele Menschen fürchten, dass die Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik, die seit den achtziger Jahren konsequent und ohne Rücksicht auf Verluste durchgezogen wird, noch verstärkt wird, mit allen negativen Folgen, die wir kennen.

Angesichts der Politik, die seit nunmehr mehr als 15 Jahren mit den bekannten Resultaten in punkto Beschäftigungs- und Sozialpolitik von der europäischen Kommission und dem Ministerrat d.h. unseren Regierungen durchgeführt wird, ist diese ambivalente Haltung verständlich.

- ◆ Warum wurde in den letzten zehn Jahren die europäische Arbeitszeitrichtlinie nicht verbessert?
- ◆ Warum wurde die in der EU erlaubte maximale wöchentliche Arbeitszeit nicht von 48 auf 40 oder besser 35 Stunden gesenkt!
- ◆ Warum wurde der europäische Mindesturlaub von 4 Wochen nicht erhöht?
- ◆ Warum gibt es keinen europäischen Mindestlohn?
- ◆ Warum gibt es keine europäische Richtlinie über Leiharbeit?

- ◆ Warum wurden die Richtlinien über die Arbeitnehmerrechte bei Fusionen, Restrukturierungen, kollektiven Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen nicht verbessert?
- ◆ Warum wird die Lebensarbeitszeit, das Rentenalter erhöht, wenn Millionen Jugendliche keine Arbeit finden?

Verbesserungen in all diesen Bereichen, hätten die Gefahr von Sozialdumping bei der Erweiterung der EU gemindert und Vertrauen geschaffen.

Es ist die mangelnde soziale Dimension der europäischen Union, welche die wachsende Europaskepsis erklärt.

Kolleginnen und Kollegen,

es geht ein Gespenst um in Europa, es ist das Gespenst der Angst:

- ◆ Angst vor einer ungenügenden sozialen Absicherung im Falle von Krankheit, Unfall, Invalidität, Arbeitslosigkeit
- ◆ Angst vor dem Alter, das angesichts der Rentenpolitik die in Europa betrieben wird, wieder zu einem Risiko wird
- ◆ Angst vor der Armut
- ◆ Angst vor der Unsicherheit, die sich in einer immer unsolidarischeren Gesellschaft breit macht, einer Gesellschaft, die Konkurrenz, Wettbewerb über alle anderen Werte setzt.

Kolleginnen und Kollegen,

in Deutschland wurde der Begriff der sozialen Marktwirtschaft geprägt. Eigentum verpflichtet, hieß es.

Mitspracherechte im Betrieb soziale Grundrechte, starke Gewerkschaftsrechte, ein hohes Niveau an sozialer Sicherheit bei Krankheit, Invalidität und im Alter gehören zum europäischen Sozialmodell.

Auf dem Hintergrund der Internationalisierung, der Globalisierung der Wirtschaft werden unsere sozialen Errungenschaften in Frage gestellt, wird das europäische Sozialmodell trotz aller Lippenbekenntnisse abgebaut.

Profitmaximierung, der Blick auf die Aktienkurse ersetzen die soziale Verantwortung von Managern, die überbezahlt sind, die Prämien bekommen, wenn sie Arbeitsplätze zerstören, die nicht zur Rechenschaft gezogen werden, auch wenn sie beim globalen Monopoly-Spiel die Existenz und die Erspar-

nisse von zehntausenden von Arbeitnehmern zerstören. Warum müssen diese Manager nicht auch den Gang zum Arbeitsamt antreten? Ich erinnere an Enron, Parmalat, aber auch viele andere weniger spektakuläre Beispiele unterstreichen die Notwendigkeit der Schaffung von neuen Regeln für die Betriebsführung. Auch dies müsste Gegenstand des internationalen Regelwerks der Welthandelsorganisation sein, auch hier könnte die europäische Union mit klaren und wirkungsvollen Richtlinien aktiv werden.

Kolleginnen und Kollegen,

wo sind die Vorschläge unserer Regierungen um die Globalisierung der Wirtschaft in geordnete Rahmen zu bringen?

Wo sind die Initiativen in der Welthandelsorganisation, bei der Weltbank und beim Internationalen Währungsfond, die sicherstellen würden, dass soziale Standards, soziale Rechte Vorrang vor Geschäfts- und Profitinteressen haben?

Auch hier versagt die EU, versagen unsere Regierungen.

Kolleginnen und Kollegen,

Europa kommt nicht aus der Wirtschaftsflaute heraus. Das ist aber kein Wunder, denn die Europäische Union setzt immer noch auf die falschen Rezepte, die da heißen:

- ◆ Restriktive Haushaltspolitik, Autoritätspolitik
- ◆ Über teurer Euro
- ◆ Lohnmäßigung
- ◆ Deregulierung des Arbeitsrechts
- ◆ Liberalisierung und Privatisierung



- ◆ Abbau der kollektiven, sozialen Sicherungssysteme
- ◆ Zurückdrängen, Abbau der öffentlichen Dienste.

Kolleginnen und Kollegen,

diese Politik hat versagt.

Die Arbeitslosenzahlen in allen europäischen Ländern zeigen es.

Die zunehmende Ungleichheit, die zunehmende Armut zeugen davon.

Anstatt diesen falschen Kurs zu ändern, haben unsere Regierungen auf ihrem Frühjahrsgipfel im März in Brüssel beschlossen daran festzuhalten.

Sie huldigen mehrheitlich einem Stabilitätspakt, den sie nicht einhalten können, der wirtschaftlich unsinnig ist, aber die Legitimierung für eine Politik des Sozialabbaus bildet.

Wir brauchen eine starke, koordinierte europaweite Wachstumsinitiative, wir brauchen eine Stärkung der sozialen Dimension Europas.

Wir brauchen eine grundsätzliche Reform des Stabilitätspaktes.

Wir brauchen und wir wollen keine Strukturreformen, die nur ein anderes Wort für Sozialabbau sind.

Die Sozialkassen in unseren Ländern haben hauptsächlich deswegen Schwierigkeiten, weil zu viele Leute arbeitslos sind, weil zu viele Frauen keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden, weil zu viele Menschen ab 50 aus der Arbeitswelt gedrängt werden, weil die Arbeitsbedingungen krank machen, weil die Gesundheitsvorsorge, der Gesundheitsschutz der Wettbewerbsfähigkeit geopfert werden.



Kolleginnen und Kollegen,

die Frage ist nicht, dass es nicht genug Geld gäbe. Unsere Gesellschaften waren noch nie so reich wie heute.

Es ist eine Frage der sozialen Verteilung des geschaffenen Reichtums. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Es ist eine Frage der Solidarität.

Kolleginnen und Kollegen,

es wurde schon zuviel auf Kosten der Arbeitnehmer reformiert. Damit muss Schluss sein in der europäischen Union. Wir brauchen Reformen für die Arbeitnehmer und nicht gegen die Arbeitnehmer.

Deshalb wehren wir uns auch gegen den rezenten Vorstoß der europäischen Kommission, der darauf abzielt, den öffentlichen und den privaten Dienstleistungsbereich ohne Rücksicht auf Verluste noch weiter zu liberalisieren.

Die neuesten Brüsseler Vorschläge würden dem Sozialdumping sowohl im öffentlichen als auch im privaten Dienstleistungsbereich Tür und Tor öffnen und zur totalen Privatisierung der Gesundheitsdienste und der Sozialversicherungen führen, sie würden auch die öffentlichen Transportbetriebe kaputt machen.

Wir müssen diese und andere neoliberalen Vorstöße der Brüsseler Kommission abwehren.

Und da sind auch die Politiker in unserer Region, in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Lothringen und in Luxemburg gefordert. Sie müssen Farbe bekennen, sich auf unsere Seite stellen.

Europa, das sind wir, nicht die Bosse!

Wir werden in dieser wie in anderen Fragen grenzüber-

schreitend aktiv werden. Wir werden gewerkschaftliche Aktion in der Großregion Saar-Lor-Lux durchführen, um auch hier Druck auszuüben, damit die neoliberalen Jobkiller gestoppt werden.

Kolleginnen und Kollegen,

wir haben in der Großregion gemeinsame Probleme, gemeinsame Vorschläge.

Als Niedriglohnregion hat unsere Region aber keine Perspektive. Sozialdumping schafft keine Arbeitsplätze.

Die Gewerkschaftsbewegung hat Vorschläge für die Zusammenarbeit und die Zukunft in unserer Region.

Diskussionen mit den politischen Entscheidungsträgern, Konferenzen genügen aber nicht mehr, angesichts der Herausforderungen, die sich uns stellen. Wir müssen auch verstärkt zu gewerkschaftlichen Aktionsformen greifen.

Bei der Demonstration am 1. Mai 2002 in Thionville gegen den Rechtsextremismus, bei der Demo im Februar 2003 in Luxemburg gegen den Irakkrieg haben wir gezeigt, dass wir dies können.

Die heutigen 1. Mai Aktionen gehen in die gleiche Richtung.

Wir müssen weiter mobilisieren, uns wehren und für unsere Ziele kämpfen.

Es lebe der 1. Mai!

Es lebe die Solidarität!

**Es lebe die internationale
Gewerkschaftsbewegung!**





Orientierungshilfe für die Wahlentscheidung

Um die Haltung der Parteien zu wichtigen Themen im sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, bildungs- und gesellschaftspolitischen Bereich zu ergründen, hat der OGB♦L, wie in der Vergangenheit, so genannte "Wahlprüfsteine" aufgestellt. Die Antworten der Parteien auf unsere Schwerpunktfragen sollen unseren Mitgliedern Aufschluss darüber geben, wie die Parteien zu den wichtigsten Programmpunkten des OGB♦L stehen und wie sie sich, bei einer Regierungsbeteiligung, die Gestaltung der politischen Zukunft unseres Landes vorstellen.

In den Antworten der Parteien finden sich zwar viele Übereinstimmungen, beim genaueren Hinsehen stößt man aber genauso schnell auf Nuancen, die unterschiedliche Ausrichtungen erkennen lassen.

Der OGB♦L rät deshalb seinen Mitgliedern, die Antworten der Parteien genau zu überprüfen und sie mit den Forderungen des OGB♦L kritisch zu vergleichen. Beim Urnengang sollte jeder sich klar sein, dass unser Land eine handlungsfähige Regierung braucht und dementsprechend jene Kandidaten und Parteien unterstützen, die im Sinn einer sozial gerechten und fortschrittlichen Politik zu handeln bereit sind.

Jean-Claude Reding

Da die Parteien sehr umfassend auf unsere Fragen antworteten, mussten wir Streichungen und Kürzungen vornehmen. Auch konnten wir aus Platzgründen nur einen Teil unserer Wahlprüfsteine veröffentlichen. Die integrale Vergleichssynthese ist auf unserer Homepage www.ogbl.lu nachzulesen.

Die Schwerpunkte

Sozialdialog, Arbeitsrecht, Gewerkschaftsgesetze, Schutz des Arbeitnehmers

Wie steht ihre Partei zur Tripartite und zum so genannten "Luxemburger Sozialmodell"?



Die Demokratische Partei sieht die Tripartite weiterhin als ein wichtiges Instrument zur Krisenbewältigung an.



Am "Luxemburger Sozialmodell" hält die LSAP selbstverständlich fest und sie schlägt zu Beginn der nächsten Legislaturperiode einen "Sommet de la relance" vor, an dem die Regierung, die Sozialpartner und interessierte und kompetente Kräfte beteiligt sind, mit den Schwerpunkten Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Forschung, Arbeitszeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.



Déi Gréng stehen zum "Luxemburger Modell" und sind der Meinung, dass die Tripartite als bewährtes Kriseninstrument erhalten bleiben muss.



Auch in der Zukunft sieht die CSV in der Tripartite ein absolut notwendiges Gremium, um im Dialog nationale und sektorielle Krisen zu bewältigen.



Déi Lénk kritisieren den ideologischen Fundus, der einer solchen Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft zugrunde liegt.



Die KPL stellt klar, dass sie immer eine kritische Haltung gegenüber der Tripartite hatte, in der sie das Mittel sieht, scheinbar durch öffentliche Mittel sozialverträglich gestaltet, Arbeitsplätze abzubauen ohne gleichwertige Beschäftigung im Verarbeitungsbereich entstehen zu lassen.

Wie steht ihre Partei zur Reform der Gesetzgebung über die Personalvertretung in den Betrieben und über die Mitbestimmungsrechte des Personals? Teilt ihre Partei die Meinung des OGB•L, dass die Arbeitswelt demokratisiert werden muss und was schlägt sie in diesem Zusammenhang vor?



Die DP ist bereit dazu, diese Gesetzgebung zu untersuchen und - falls angebracht - zu reformieren. Sie setzt sich für eine Verstärkung des Dialogs und des Informationsflusses zwischen Betriebs-

leitung und Personaldelegation ein. Die Demokratisierung der Arbeitswelt obliegt, der Meinung der DP nach, weder einer Partei noch einer Regierung, sie ist einzig und allein die Frucht des Dialogs zwischen den Sozialpartnern.



Die Sozialisten setzen auf die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Das Gesetz über die Betriebsausschüsse muss im Dialog mit den Sozialpartnern an die Betriebswirklichkeit angepasst werden.



Déi Gréng fordern, dass insbesondere die Rechte betreffend den Zugang der Personaldelegierten zu Informationen und Betriebslokalen erweitert und ausgebaut werden. Auch muss die Nutzung der neuen Kommunikationstechnologien garantiert werden.



Auch die CSV ist der Meinung, dass die Gesetze betreffend die Ausschüsse in den Betrieben, die Mitbestimmung sowie die Vertretung der Arbeitnehmerschaft in den Verwaltungsräten der Gesellschaften an die Herausforderungen der modernen Arbeitswelt angepasst und die Arbeitsbedingungen der Personalvertreter verbessert werden müssen.



Déi Lénk teilen absolut diese Meinung. Die Kontrollrechte der Personalvertretungen und der Mitbestimmungsgremien müssen ausgebaut werden, auch auf europäischer Ebene.



Für die KPL müssen die Rechte der Personalvertretung in den Betrieben verbessert werden, besonders wenn es um Entlassungen und Arbeitsplatzabbau geht. Die Personalvertretung soll ein Vetorecht bei Entlassungen bekommen und dadurch Verhandlungen erzwingen können.



Welche Mittel schlägt ihre Partei vor, um die Arbeitnehmerrechte bei Fusionen und Kollektiventlassungen aufgrund der wirtschaftlichen, finanziellen oder organisatorischen Lage der Betriebe zu verstärken?



Die Arbeitnehmervertretungen müssen besser informiert und die Arbeitnehmer besser betreut werden.



Das Gesetz über kollektive Entlassungen bedarf einer Reform: Informationspflicht und Sozialdialog müssen besonders in diesen Fällen voll zur Geltung kommen.



Wichtig ist, dass bei Fusionen und Kollektiventlassungen Arbeitnehmervertreter frühzeitig informiert, angehört werden und ihnen ein Einblick in die Umstrukturierungspläne gewährt wird. Bei der Ausarbeitung von Sozialplänen müssen Gewerkschaften und Personaldelegationen frühzeitig eingebunden werden. In diesem Sinne muss die nationale und europäische Gesetzgebung verstärkt werden.



Um die Rechte der Arbeitnehmer bei Konkursen und kollektiven Entlassungen besser wahrnehmen zu können, will die CSV die aktuellen Prozeduren reformieren.



Déi Lénk verlangt, dass bei Fusionen und Kollektiventlassungen, wie generell bei allen betrieblichen Reorganisationen und Umstrukturierungen die bestehenden gesetzlichen Regulierungsinstrumente (Gesetz über Kollektiventlassungen, neues Gesetz über Kollektivverträge und Schlichtungsamt) ausgebaut werden müssen.



Die KPL tritt ein für ein gesetzliches Verbot von Kollektiventlassungen und für die Einschreibung des Veto-Rechts der Personalvertretungen bei Entlassungen überhaupt. Die KPL tritt zudem für die Schaffung einer staatlichen Auffanggesellschaft ein, deren Rolle es sein soll, Betrieben, die ohne eigenes Verschulden in Schwierigkeiten oder Konkurs geraten, eine Rekapitalisierungsmöglichkeit zu bieten.

Wie steht ihre Partei zu einer grundsätzlichen Diskussion über das einheitliche Arbeitnehmerstatut? Sollten die letzten bestehenden Unterschiede zwischen dem Arbeiter- und dem Angestelltenstatut abgeschafft und eine Harmonisierung angestrebt werden?



Die Struktur der arbeitenden Bevölkerung hat sich durch Globalisierung und Informatisierung sehr verändert, so dass es in der Praxis heute oft wenig Unterschied zwischen dem Arbeiter- und dem Angestelltenstatut gibt. Grundsätzlich ist die DP zur Diskussion bereit.



Zu einer humanen Arbeitswelt gehört ebenfalls die Gleichstellung aller arbeitenden Menschen. Deshalb wollen die Sozialisten ein einheitliches Statut im Privatsektor einführen.



Déi Gréng befürworten ein einheitliches Arbeitnehmerstatut.



Die CSV wird sich auch weiterhin schrittweise zu einem einheitlichen Arbeitnehmerstatut privatrechtlicher Natur hin bewegen. Die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten wird modernen Beschäftigungsverhältnissen nicht mehr gerecht.



Auch Déi Lénk und die KPL befürworten ein einheitliches Statut für alle Arbeiter und Angestellten im Privatsektor.



Welche Maßnahmen schlägt ihre Partei zur Verbesserung des physischen und psychischen Gesundheitsschutzes des Arbeitnehmers vor? Welche konkreten Präventionsmaßnahmen sieht ihre Partei zum Schutz der steigenden Zahl an Opfern von Stress und Mobbing?



Die DP wird weitere präventive Maßnahmen zusammen mit allen Beteiligten zur Förderung der Gesundheit (gesunde Ernährung, gesundes Leben und Altern,...) und zur Vermeidung von Unfällen am Arbeitsplatz ergreifen. Was die psychischen Belastungen angeht, will die DP weiter entschieden gegen Mobbing vorgehen und mit den Sozialpartnern Mittel suchen, um gegen die Entstehung von Stresssituationen vorzugehen.



Die Sozialisten werden sich weiterhin für optimale Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes und für die Arbeitszeitverkürzung einsetzen. Sie wollen die sechste Urlaubswoche in einer ersten Phase für Schicht- und Schwerstarbeiter einführen und mittelfristig für alle Arbeitnehmer verallgemeinern. Die Sozialisten wollen auch zielgerechtere Maßnahmen zur Bekämpfung von Mobbing und Stress am Arbeitsplatz ergreifen und einen gesetzlichen Rahmen dafür schaffen.





Déi Gréng treten für eine zielgerichtete, gesundheitliche Präventionspolitik ein. Der physische und psychische Gesundheitsschutz muss verstärkt gefördert werden. Es müssen genügend finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um im Bereich der Unfallversicherung verstärkt präventiv zu wirken. Integraler Bestandteil dieser Präventions- und Informationspolitik wird auch der Kampf gegen Stress und Mobbing sein



Die CSV will die Aktionen gegen Mobbing, Stress und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz regelmäßig weiterführen. Sicherheit sowie Ergonomie und Arbeitsmedizin sind permanente Anliegen.



Die Arbeitsmedizin muss unabhängig vom Patronat werden und reelle Befugnisse bekommen, um gesundheitsschädliche Zustände, evtl. zusammen mit der Gewerbeinspektion, in den Betrieben einzustellen. Gegen das Mobbing als gezielte Aktion des Patronats und seiner Bevollmächtigten müssen die Betroffenen konkrete Rechte geltend machen können, die von den Arbeitsgerichten überwacht werden können.



Die Arbeitsmedizin, der gegenwärtig nur eine Alibi-Funktion zukommt, muss ausgebaut, die Zahl der Arbeitsmediziner deutlich erhöht werden. Bei der Anerkennung der Berufskrankheiten ist ein Umdenken erforderlich: eine Änderung der Prozeduren und eine Erweiterung der Liste der Berufskrankheiten drängen sich auf; insbesondere Rückenprobleme müssen endlich als Berufskrankheit anerkannt werden.



Beschäftigungspolitik

Welche Instrumente will ihre Partei im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einsetzen (neue Arbeitszeitmodelle, Vorruhestandsregelungen (préretraite), Recht auf Altersteilzeitarbeit, Bildungsteilzeitarbeit ... u.ä.)



Um a) bestehende Arbeitsplätze abzusichern, b) neue Arbeitsplätze zu schaffen und c) Stellensuchenden eine Arbeit zu geben, gibt es für die DP nur eine Lösung: die Wettbewerbsfähigkeit der Luxemburger Unternehmen zu erhalten und zu steigern. Bewerbstelligen will die DP dies u. a. durch: niedrige Lohnnebenkosten, niedrige Sozialbeiträge, niedrige Steuern, die Förderung des Unternehmergeistes, die Reduzierung der Verwaltungslasten, eine proaktive und effiziente Diversifizierungspolitik, eine Aus- und Weiterbildungspolitik im Sinne der Nachfrage der Wirtschaft und konsequente Investitionen in Forschung und Entwicklung.



Um Arbeitslosigkeit erst überhaupt nicht entstehen zu lassen, sind konkrete Initiativen gefragt. Eine Verbesserung vor allem der bildungs- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist dringend vonnöten. Die LSAP verlangt kurz- und mittelfristig zielgerechtere Maßnahmen zur Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, die personelle Verstärkung der Arbeitsmarktverwaltung; eine verbesserte Aus- und Weiterbildung der Vermittler im Interesse einer optimalen Betreuung der Arbeitslosen; kostenlose Umschulungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose. Die im Rahmen des nationalen Beschäftigungsplans eingeschlagenen Wege zur Förderung innovativer, sozial abgesicherter Arbeitszeitgestaltungsmodelle wollen die Sozialisten im Interesse einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fortsetzen. Die Sozialisten werden mit den Sozialpartnern über die Einführung verschiedener Arbeitszeitmodelle diskutieren, handele es sich nun um Jahresarbeitszeit, Gleitzeit oder auch um die periodisch neue Festlegung der gewünschten Arbeitszeit. Besonders die Wahlarbeitszeit ermöglicht in Verbindung mit Lebensarbeitszeitkonten die Inanspruchnahme eines sogenannten Ruhe- oder Sabbatjahres sowie flexible Übergänge in die Teilzeitarbeit und in den Ruhestand. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass die atypischen Arbeitsverhältnisse wie z.B. die Leiharbeit, die Tele- und Heimarbeit sowie die Arbeiten im Nachbarschaftsbereich eine arbeits- und sozialrechtliche Absicherung erfahren.



Déi Gréng sehen für eine Arbeitsplatzbeschaffung durch innovative wirtschaftliche Diversifizierung zehn Handlungsfelder: Stärken-Schwächen Studien, Rundtisch über innovative wirtschaftliche Zukunftsstrategien, Reform des Bildungssystems, innovative Produkte im Finanzsektor, im Technologiesektor, im Sozial- und Dienstleistungsbereich, Förderung der Sozialökonomie,

intelligente Landesplanung, verbesserte Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe, Festigung des Industriesektors, Einbau der Energiewirtschaft in eine neue Wirtschaftsstrategie.



Die CSV will auf eine bessere Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage auf dem luxemburgischen Arbeitsmarkt hinwirken. Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt die CSV u.a vor:

- Weiterführung und Überprüfung der aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen, die im 99-er PAN-Gesetz festgelegt wurden
- Überprüfung der Funktionsweise der ADEM
- Förderung der proaktiven Zusammenarbeit von Arbeitsmarktverwaltung und Betrieben
- Ausbau der betriebs- und kompetenzorientierten Ausbildungen für unqualifizierte Arbeitnehmer
- Einführung - im Rahmen des congé-éducation - des individuellen Rechts auf berufliche Weiterbildung
- Förderung der Mobilität des Arbeitssuchenden, Ausbau der persönlichen Betreuung
- Gesetzliches Verbot von Altersdiskriminierung bei der Einstellung von Arbeitnehmern (beim Staat und in der Privatwirtschaft)
- Förderung von sozialpartnerschaftlich vereinbarter zeitlich begrenzter Arbeitszeitverkürzung, wenn die wirtschaftliche Situation eines Betriebs Lohnkosteneinsparungen notwendig macht, staatliche Unterstützung für sozialpartnerschaftlich beschlossenen Sozialaudits



Die Leitlinien müssten sein: neue soziale Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung, Ausbau des Arbeitsrechtes (Kündigungsschutz) und der Mitbestimmung, Stärkung der Nachfrage durch substanzielle Aufbesserung kleiner und mittlerer Löhne und Renten, Beteiligung des Patronats an den Kosten der Arbeitslosigkeit (Beiträge zum Fonds pour l'emploi nach dem Verursacherprinzip), Ausbau der öffentlichen Dienste, von öffentlicher Hand kontrollierte Investitionen, Qualifikationsoffensive, festes Recht auf Weiterbildung während der Arbeitszeit... und selbstverständlich die Verkürzung der Arbeitszeit. Einzelmaßnahmen wie neue Arbeitszeitmodelle, Vorruhestand, Altersteilzeitarbeit... könnten sinnvoll und im Interesse der Lohnabhängigen sein.



Als geeignete Instrumente für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sieht die KPL unter anderem die gesetzliche Verankerung der 35-Stunden-Woche, weitaus höhere staatliche Investitionen im öffentlichen Transport, im Gesundheitsbereich, in öffentliche Dienstleistungen, in Umweltprojekte, im Sport- und Kulturbereich und im Wohnungsbau, eine größere staatliche Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben, die in qualifizierte Arbeitsplätze investieren und Lehrlinge ausbilden, verbesserte Bildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten und ein Herabsetzen des Rentenalters auf 57 Jahre.

Wie steht ihre Partei zu einer Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen und zur Verhinderung von Sozialplänen?



Die DP ist gegen eine generelle Herabsetzung der Arbeitszeit (z.B. auf 35 Stunden die Woche).

Sie ist aber auch der Meinung, dass die Arbeitsorganisation im Dialog mit allen Beteiligten so gestaltet werden muss, dass sowohl den Bedürfnissen einer zeitgemäßen Familiengestaltung als auch derjenigen einer modernen Betriebsführung Rechnung getragen werden kann. Aus der gleichen Überlegung heraus befürwortet die DP die Einbeziehung so genannter atypischer Arbeitsformen (Heimarbeit, Teilzeitarbeit, Telearbeit usw.) in die normale Arbeitsorganisation.



Die Arbeitszeitverkürzung in all ihren Formen ist und bleibt für die Sozialisten ein wichtiges Mittel zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Die Sozialisten werden Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern zur Arbeitszeitreduzierung aktiv unterstützen und gegebenenfalls mittels gesetzlicher Initiativen die notwendigen Rahmenbedingungen hierzu schaffen. Für die LSAP gilt es weiter, innovative, sozial abgesicherte Arbeitszeitgestaltungsmodelle im Interesse einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu fördern sowie die Einführung verschiedener Arbeitszeitmodelle zu diskutieren (Jahresarbeitszeit, Gleitzeit oder die periodisch neue Festlegung der gewünschten Arbeitszeit). Besonders die Wahlarbeitszeit ermöglicht in Verbindung mit Lebensarbeitszeitkonten die Inanspruchnahme eines sogenannten Ruhe- oder Sabbatjahres sowie flexible Übergänge in die Teilzeitarbeit und in den Ruhestand. Es soll auch endlich ein gesetzlicher Rahmen und ein Förderprogramm für Tele- und Heimarbeit geschaffen werden.



Déi Gréng begünstigen neue Modelle zur Arbeitszeitverkürzung, die Schaffung neuer Arbeitszeit- und Jobsharing-Modelle, die Schaffung von Betreuungsstrukturen durch die Betriebe sowie den Ausbau von spezifischen Betreuungseinrichtungen für Kinder in deren Krankheitsfall.



Die CSV lehnt die flächendeckende gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche ab, befürwortet allerdings auf Betriebsebene im Sozialdialog abgestimmte Arbeitszeitreduktionen. Im Sinne einer Humanisierung der Arbeitswelt setzt sich die CSV ein für flexible Arbeitszeiten, qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze und den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Des Weiteren will sie als Ansätze weiterverfolgen, die flexible Gestaltung gleitender Übergangsformen in den Ruhestand, die gesetzliche Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, die Bekämpfung von unnötigem Stress und überaus mühsamen Arbeitsbedingungen.



Die KPL wie auch die KPL fordern die allgemeine gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust.

Mit welchen Mitteln will ihre Partei die Solidarwirtschaft als zusätzlichen Pfeiler der Beschäftigungspolitik verankern? Wie steht ihre Partei zum vorliegenden Gesetzesentwurf über die "soziale Arbeitslosigkeit"?



Die DP wird die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsamt und Beschäftigungsinitiativen weiter fördern und auch die staatliche Bezuschussung dieser Initiativen aufrechterhalten. Der vorgelegte Gesetzesentwurf über die "soziale Arbeitslosigkeit" muss aufgrund der Bemerkungen der betroffenen Beschäftigungsinitiativen, der Berufskammern und der staatlichen Instanzen überarbeitet werden.



Die Gesetzesvorlage 5144 zum "Chômage social" muss zurückgezogen werden, da sie Arbeitslose unnötig stigmatisiert, zu übertriebener Bürokratisierung führt und zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Betroffenen beiträgt. Stattdessen sollen die Rechte und Pflichten dieser Beschäftigungsinitiativen durch ein Förder- und Rahmengesetz für die Solidar- und Sozialwirtschaft festgelegt werden.



Déi Gréng wollen durch eine konsequente Unterstützung der lokalen Kräfte (Gemeinden, Institutionen, Privatwirtschaft, Vereinigungen...) die Schaffung lokaler Arbeitsplätze in der Sozial- und Solidarwirtschaft weiterreiben. Außerdem lehnen Déi Gréng das von der Regierung vorgelegte Gesetzesprojekt ab und treten dafür ein, dass in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern eine neue Gesetzesvorlage ausgearbeitet wird.



Die CSV bekennt sich ausdrücklich zur Solidarwirtschaft als drittem Pfeiler zwischen Staats- und konkurrenzfähiger Wirtschaft. Sie will der Solidarwirtschaft einen gesetzlichen Rahmen geben und in diesem Zusammenhang auch gesetzliche Grundlagen für die "emplois de proximité" schaffen. Die CSV will die soziale Effektivität und finanzielle Transparenz der sozialen Beschäftigungsinitiativen verstärken.



Die "Solidarwirtschaft" könnte und sollte zu einem gleichwertigen Baustein der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Allerdings müssten die Rechte der in diesem Sektor Beschäftigten wesentlich verstärkt werden. Das Gesetzprojekt über die „Soziale Arbeitslosigkeit“ geht in die falsche Richtung



Die Kommunisten unterstützen die Initiativen im Bereich der "Solidarwirtschaft". Sie sind der Ansicht, dass diese "Solidarwirtschaft" in Zukunft nicht nur

erweitert werden soll, sondern, dass die real existierende kapitalistische Marktwirtschaft vollständig durch eine echte "Solidarwirtschaft" ersetzt werden muss, andernfalls die bestehenden Beschäftigungsdefizite und Ungerechtigkeiten sich immer wieder reproduzieren.



Chancengleichheit

Wie steht Ihre Partei zur Einführung von verbindlichen Frauenförderplänen auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen? Wie will ihre Partei insbesondere den Gleichstellungsprozess in der Arbeitswelt ankurbeln? In wieweit ist ihre Partei bereit, durch das Schaffen von Betreuungsstrukturen, eine bessere Grundlage für die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben zu schaffen?



Die DP will sich auch weiterhin für eine aktive Chancengleichheitspolitik einsetzen. Sie will sich dabei nicht auf sterile Diskussionen, wie etwa über die Quotenregelung, beschränken sondern aktiv etwas für die Chancengleichheit tun. Besonders die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und sogar Weiterbildung muss verbessert werden. Dabei will die DP besonders auf die spezifischen Herausforderungen unserer Gesellschaft, besonders im Bereich der Kinderbetreuung (Ausbau des Angebots an Kinderkrippen; Tagesmütter im Rahmen der "emplois de proximité"; verbessertes Betreuungsangebot der Kinder außerhalb der üblichen Arbeitsstunden) aber auch der Altenpflege eingehen.



Die Sozialisten werden gezielte Gleichstellungsmaßnahmen ergreifen, um mehr Frauen in die Arbeitswelt zu integrieren und die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Männer ihren Beitrag zur Hausarbeit und Erziehung

ihrer Kinder leisten können. Deshalb werden die Sozialisten eine Bedarfsplanung für Betreuungsstrukturen durchführen. Die Sozialisten werden ein eigenes Statut für Tagesmütter einführen.



Déi Gréng wollen das Frauenministerium durch ein Chancengleichheitsministerium ersetzen. Frauenförderprogramme in den Betrieben und beim Arbeitgeber Staat sollen die gläserne Decke zerschlagen, die Frauen den Aufstieg in Führungspositionen versperrt. Déi Gréng treten für die Schaffung eines "nationalen Observatoriums der Partizipation von Frauen in der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft", eines "Conseil supérieur de l'égalité des chances" sowie flächendeckender kommunaler bzw. regionaler Chancengleichheitsämter ein. Grüne Sozialpolitik steht für ein verbessertes und größeres Angebot an Kinderkrippen und -tagesstätten. Eine aktive Familienpolitik muss auch die Arbeitszeitpolitik einbeziehen: Déi Gréng begünstigen eine generelle Arbeitszeitverkürzung, die Schaffung neuer Arbeitszeit- und Jobsharing-Modelle, die Schaffung von Kinderbetreuungsstrukturen durch die Betriebe sowie den Ausbau von Dienststellen, die Kinder im Krankheitsfall versorgen können.



Im Sinne der Chancengleichheit in der Arbeitswelt setzt sich die CSV ein für die praktische Herstellung des Prinzips "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", die Aufrechterhaltung der "actions positives", um das weniger begünstigte Geschlecht weiter zu fördern, die konsequente Umsetzung der "plans à l'égalité" in den Betrieben. Die CSV spricht sich in ihrem Wahlprogramm in diesem Zusammenhang auch deutlich für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen aus.



Da das Ziel der Lénk die paritätische Vertretung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist, sind sie für die Einführung von verbindlichen Frauenförderplänen und betrieblichen Gleichstellungsplänen. Daneben verlangen déi Lénk auch bessere Rahmenbedingungen, um Beruf und Familie vereinbaren zu können: Ausbau und Verbesserung der sozialen und erzieherischen Einrichtungen, ausreichende Kinderkrippen mit qualifiziertem Personal und flexiblen Öffnungszeiten, sowie ausreichend paraschulische Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.



Es müssen die Bedingungen geschaffen werden (Kinderkrippen, Ganztagschule), welche es möglich machen, das Berufsleben der Frau mit der Familie zu vereinbaren und zu verhindern, dass Frauen aus Familiengründen auf ihre eigene Berufskarriere verzichten. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit soll einklagbar werden.

Wie setzt ihre Partei sich über das Jahr der behinderten Arbeitnehmer hinaus für die Integration der Behinderten und insbesondere für die Verteidigung der Rechte der behinderten Arbeitnehmer ein?



Für die DP ist die Unterstützung der Autonomie unserer behinderten Mitbürger ein überaus wichtiges Anliegen (freier Zugang zu Bildung und Arbeit, eigene Wohnung, aktive Teilnahme am sportlichen und kulturellen Leben, persönliche Mobilität). Außerdem muss der Zugang zu allen privaten und öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen möglich sein.



Das Selbstbestimmungsrecht der behinderten Personen muss als elementare Voraussetzung menschenwürdigen Lebens stärker in den Vordergrund rücken. Die Sozialisten werden behinderte Kinder und Jugendliche möglichst ins allgemeine Schulwesen integrieren. Damit behinderte Menschen in gleichem Maße wie Nichtbehinderte am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, werden die Sozialisten dafür sorgen, dass alle öffentlichen Einrichtungen und Gebäude auch für Menschen mit eingeschränkter Bewegungsmöglichkeit zugänglich sind. Außerdem werden die öffentlichen Transportmittel den Bedürfnissen behinderter Personen angepasst. Die Sozialisten wollen ebenfalls die Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt fördern. Hier gilt es, die im Behindertenförderungsgesetz beschlossenen Maßnahmen konsequent auszuführen, auch und gerade im öffentlichen Dienst.



Der Abbau von Barrieren ist Voraussetzung für die freie Entfaltung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Raum. Ein Rahmengesetz zur Integration und Nichtdiskriminierung von Behinderten schafft diese Voraussetzung.



Die CSV will ein Rahmengesetz erstellen, in dem das Prinzip der Nichtdiskriminierung fest verankert wird und verlangt daneben eine verbesserte Koordinierung der verschiedenen Dienstleistungen für behinderte Menschen und ihre Familien. Auch geht es für die CSV darum, sich weiter zu bemühen, behinderte Mitmenschen über eine Eingliederung in den Arbeitsprozess besser in die Gesellschaft zu integrieren. Im Sinne der Chancengleichheit muss die Integration behinderter Kinder im normalen Unterricht vorrangiges Ziel bleiben. Auch sind die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen sowie außerschulische Auffangstrukturen für behinderte Kinder und Jugendliche weiter zu fördern und ausbauen. Letztendlich will die CSV sich dafür stark machen, dass nicht nur öffentliche Gebäude, sondern auch private Strukturen für Behinderte zugänglicher werden.



Déi Lénk sind für die Integrationschule: behinderte Kinder sollen prinzipiell in die "normale" Schule integriert werden. Was die Integration in den ersten Arbeitsmarkt betrifft, kritisieren déi Lénk, dass das neue Gesetz vom September 2003 viel von Integration spricht, weniger von Mitbestimmung. Positiv zu bewerten ist die verbindliche Einführung von Quoten, die vorsehen, dass öffentliche und private Betriebe eine bestimmte Anzahl von Behinderten beschäftigen müssen.



Die KPL setzt sich für die volle Integration der Behinderten in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor, als auch was den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Weiterbildung betrifft, ein.

Ist ihre Partei bereit im Sinne einer gezielten Integrationspolitik eventuelle bestehende Diskriminierungen der Nicht-Luxemburger (EU-Bürger und Ausländer aus Drittstaaten) sowie Grenzgänger abzuschaffen?



Integration funktioniert mittels Bildung, Arbeit, Kultur, Sprachen, sowie der Teilnahme am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Geschehen. Daneben wird die DP auch die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft schaffen. Schließlich setzt die DP sich vor dem Hintergrund des Prinzips der europäischen Bürgerschaft ("citoyenneté européenne") für die Teilnahme unserer ausländischen Mitbürger an den politischen Entscheidungsprozessen ein.



EU-Bürger und Ausländer aus Drittstaaten, die legal in Luxemburg wohnen, sollen zur Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben bewegt werden. Hauptmittel hierzu sind der Abbau wirtschaftlicher und sozialer Diskriminierungen aber auch politische Offenheit und kulturelle Partizipation. Es ist zudem notwendig, eine gezielte Integrationspolitik zugunsten der EU-Bürger und der geregelten Einwanderer vorzunehmen, z.B. über ein verstärktes Angebot an Sprachkursen sowie an Informationen über den Staat, die Gesetze und die Gepflogenheiten hierzulande.



Déi Gréng wollen Integration statt Parallelgesellschaften: alle in Luxemburg lebenden Menschen sollen über ihre gemeinsame Zukunft mitentscheiden können. Das Angebot an Berufsorientierungs- und Weiterbildungskursen, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in Form eines "permis unique", das Ausländerwahlrecht und auch die doppelte Staatsbürgerschaft sind wichtiger Bestandteil einer aktiven Integrationspolitik.



Die CSV will die Zusammenbündelung der politischen Kompetenzen in den Bereichen Immigration und Integration auf Regierungsebene anstreben. Sie sieht die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft als Chance einer besseren Integration



Das Wahlrecht für alle ausländischen Bürger mit Wohnsitz in Luxemburg ("citoyenneté de résidence"), Mitbestimmungsrechte für Grenzgänger auf nationalem Plan (Grenzgängerausschüsse), das Recht zur doppelten Staatsbürgerschaft, die gleiche Behandlung für Luxemburger/Luxemburgerinnen und Immigranten/Immigrantinnen in Bezug zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, einheitliche Arbeitserlaubnis, wären in den Augen der déi Lénk konkrete Schritte im Sinne einer gezielten Integrationspolitik. Weiter wären Aufnahme und Beistand der Flüchtlinge zu verbessern. Die Asylbewerber müssen das Recht haben zu arbeiten; es müssen genug Wohnungen und Infrastrukturen vorhanden sein. Déi Lénk denkt über die Einsetzung eines "Integrationsministeriums" nach, dessen Aufgabe es wäre die Integrationspolitik auf politischer Ebene durch- und umzusetzen.



Alle Diskriminierungen beispielsweise Arbeitslosenentschädigung bei der Grenzgängern sollen abgeschafft werden. Im Sinne einer gezielten Integrationspolitik plädiert die KPL für einen erleichterten Zugang zur Luxemburger Nationalität



Sozial- und Gesundheitspolitik

Was sind die Lösungen, die ihre Partei im Interesse eines globalen, zukunftsweisenden Konzeptes der Gesundheitsversorgung in allen Regionen des Landes, das den freien, gleichberechtigten Zugang aller zum Gesundheitssystem garantiert, vorschlägt?



Die DP setzt sich auch weiterhin für eine konsequente Fortführung der Modernisierung sowohl der Hospital-Infrastrukturen, als auch der technisch-medizinischen Großgeräte ein. In diesem Zusammenhang befürwortet und unterstützt die DP das Entstehen von so genannten medizinischen Kompetenzzentren.



Im Sinne des Patientenschutzes und der nachhaltigen Entwicklung der Leistungen soll das Gesundheitswesen einer kritischen Analyse unterzogen werden. Zweckmäßigkeit und Qualität der erbrachten Leistungen von Kranken- und Pflegehäusern, Ärzten und anderen Leistungserbringern sollen objektiv evaluiert und anhand von internationalen Standards verglichen sowie gegebenenfalls verbessert werden können. Die Sozialisten wollen ein vernetztes Gesundheitskonzept fördern und einen nationalen Gesundheitsplan ausarbeiten, in dem die verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens - Prävention, Grundversorgung, Notdienste, Krankenhäuser, Heimpflege und Rehabilitation - ineinander greifen und sich ergänzen.



Déi Gréng wollen das Solidarprinzip in der Gesundheitsversorgung erhalten und sind gegen eine weitere Ausdehnung der Zuzahlungen zu Lasten der Patientinnen und Patienten, da dies das Solidaritätsprinzip aushöhlt. Sie treten für ein einheitliches Krankenkassenstatut ein und werden das Zweiklassensystem in Sachen Krankengeld abschaffen.



Es ist das Ziel der CSV, das Angebot hochqualitativer, flächendeckender und für jedermann zugänglicher medizinischer Versorgung zu erhalten, ständig zu verbessern und alle an den modernsten Entwicklungen der Medizin teilhaben zu lassen. Die basismedizinische Versorgung soll ausgebaut und besser organisiert werden.



Ärztliche Behandlung und pharmazeutische Mittel, sowie Hilfsmittel für die Patienten müssten eigentlich unentgeltlich sein. Anstatt Betten in den Krankenhäusern abzubauen fordern déi Lénk einen Ausbau der Spitalinfrastruktur, die besonders auch der Bevölkerungsentwicklung Rechnung trägt. Sie setzen sich weiterhin für die freie Ärztwahl, die Unabhängigkeit der Ärzte von politischen Entscheidungen sowie die Aufwertung der Arbeit der Allgemeinmediziner, ein.



Zu einem globalen, zukunftsweisenden Konzept der Gesundheitsversorgung wie es die KPL befürwortet, gehört die Übernahme aller privaten gesundheitlichen Einrichtungen und Dienste in das öffentliche Gesundheitswesen und vorrangig der Ausbau der Präventiv- und der Arbeitsmedizin, sowie den Aufbau einer Schulmedizin, die ihren Namen verdient. Die Kommunisten treten zudem für die Abschaffung aller Eigenbeteiligungen auf Medikamenten, medizinischen und zahnärztlichen Dienstleistungen ein, auch im Bereich der Krankengymnastik und der natürlichen Heilmethoden.

Setzt ihre Partei sich für die Beibehaltung der obligatorischen "Konventionierung" der Lieferanten mit den Krankenkassen ein? Tritt ihre Partei für eine weiterhin hohe staatliche Beteiligung in allen Bereichen der Sozial- und Gesundheitspolitik ein?



Aufgrund der Aufwertung der Leistung der Ärzte sieht die DP keinen Grund dafür, die obligatorische "Konventionierung" der Ärzte mit der Krankenkassenunion in Frage zu stellen oder die Liberalisierung der Arzttarife anzustreben.



Die Sozialisten werden gewährleisten, dass die Vorteile unseres Systems, wie z.B. die freie Wahl des Arztes für Jeden, die allgemeine Versicherungspflicht, die obligatorische Konventionierung der Ärzte und anderer Leistungserbringer sowie der Schutz der Versicherten auch in Zukunft erhalten bleiben. Die Krankenkassenbeiträge müssen angemessen bleiben.



Déi Gréng sind für die Beibehaltung der obligatorischen "Konventionierung" der Lieferanten mit den Krankenkassen und für die weiterhin hohe staatliche Beteiligung an den Kosten.



Die CSV spricht sich für das derzeitige Prinzip aus.



Die Dekonventionierung führt zu einer Verschlechterung der medizinischen Versicherung der Bevölkerung. Déi Lénk setzt sich für die Beibehaltung des Prinzips der Sozialbeiträge ein und gegen den allgemeinen Trend der Fiskalisierung der Sozialversicherungen.



Die KPL setzt sich für die Beibehaltung der obligatorischen "Konventionierung" der Lieferanten mit den Krankenkassen ein und lehnt jede Art von Zweiklassenmedizin ab.

Steht Ihre Partei zum aktuellen Renten- und Pensionssystem, das auf dem Umlageverfahren, also der Solidarität zwischen Generationen besteht oder gibt sie dem Kapitaldeckungsverfahren oder gar privaten Zusatzpensionssystemen den Vorzug? Steht sie zu den Schlussfolgerungen des Rententisches?



Die DP hält am aktuellen Renten- und Pensionssystem fest. Um die langfristige Finanzierung aufrecht zu erhalten, tritt sie jedoch

auch für die konsequente Förderung der Betriebsrenten und der Privatrenten ein. Die DP steht zu den Schlussfolgerungen des Rententisches, da sie federführend bei diesen Entschlüssen war. Jedoch muss es erlaubt sein, diese Schlussfolgerungen periodisch zu begutachten und eventuell neu auszurichten.



Da die Beschlüsse des Rententisches sowohl von den Parteien und Sozialpartnern verabschiedet wurden, steht die Frage nach einer eventuellen Abänderung nicht zur Debatte.



Im Sinne einer für alle zugänglichen Grundsicherung muss das obligatorische Rentenversicherungssystem die Hauptsäule der Altersvorsorge bleiben. Die zusätzliche betriebliche

oder persönliche Altersvorsorge ist komplementär zu sehen. Zur Absicherung des öffentlichen Rentensystems sind neue Finanzierungsquellen nötig. Das Rentenmodell der Grünen schafft einen eigenständigen, individuellen Rentenanspruch für jeden Menschen. Déi Gréng stehen zu den Schlussfolgerungen des Rententisches.



Die CSV setzt auch weiterhin auf die allgemeine, gesetzliche Rentenversicherung. Zusätzliche Ansprüche müssen durch private Vorsorge oder durch betriebliche Altersversorgung abgesichert werden. Die CSV steht zu den Schlussfolgerungen des Rententisches.



Déi Lénk war als einzige im Parlament vertretene politische Strömung nicht zu den Aushandlungen des Rententisches eingeladen! Die vom Rententisch beschlossenen Maßnahmen gehen nicht weit genug.



Die KPL tritt für den Erhalt des aktuellen Renten- und Pensionssystems auf der Grundlage des Umlageverfahrens, also der Solidarität zwischen Generationen ein und lehnt die Förderung von Zusatzpensionssystemen, die langfristig dazu genutzt werden sollen, um das allgemeine Renten- und Pensionssystem einzuschränken und zu verschlechtern, ab. Darüber hinaus fordert die KPL jedoch die Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters auf 57 Jahre und die Vollrente bei 35 Beitragsjahren. Die KPL steht zum Rententisch und warnt davor, vom Rententisch beschlossene Verbesserungen rückgängig machen zu wollen.

Wohnungspolitik

Welche konkreten Maßnahmen schlägt ihre Partei vor, um die aktuelle Lage des Immobilienmarktes wieder ins Gleichgewicht zu bringen und, um die akute Wohnungsnot bekämpfen zu können? Mit welchen Mitteln will ihre Partei konkret gegen die Baulandspekulation vorgehen? Wie steht ihre Partei zum Bau von Mietwohnungen in öffentlicher Hand?



Die DP will an einer Politik von positiven Anreizen für die privaten und öffentlichen Bauträger festhalten, in dem Sinn, dass der Verkauf von Wohnungen und Grundstücken begünstigt wird.



Die Sozialisten wollen eine "garantie locative" für Haushalte mit bescheidenen Einkommen schaffen und den Mieterschutz absichern. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass sich Staat und Gemeinden gemeinsam der Preisexplosion im Wohnungsbau widersetzen. Zur Bekämpfung der Baulandspekulation werden die Sozialisten eine progressive Baulandbesteuerung einführen und dafür sorgen, dass staatliches Bauland zu einem symbolischen Preis in Erbpacht angeboten wird, um regulierend auf die Baulandpreise zu wirken. Des Weiteren kann durch die Schaffung von öffentlichen Baulandreserven, durch neue, raumsparende Bauformen, die Langzeitvermietung von Grundstücken, die Einführung eines Mietzuschusses, die Ausweitung der staatlichen Darlehensgarantie auf 100% und die Erhöhung sowie die Anpassung der Kriterien zwecks Erlangen der staatlichen Beihilfen noch vieles erreicht werden. Um den Erwerb eines Eigenheims zu erleichtern, werden die Sozialisten die Möglichkeit des Mietkaufs schaffen und progressive Rückzahlungsraten bei Wohnungsbaukrediten ermöglichen.



Eine sparsamere Flächennutzung bei Siedlungsprojekten und die Eindämmung der Spekulation innerhalb des Bauperimeters werden durch eine tief greifende Reform der Grundsteuer erreicht werden. Déi Gréng befürworten den Bau von Mietwohnungen in öffentlicher Hand. Sie wollen durch ein Bündel von Maßnahmen erschwinglichen Wohnraum für alle Menschen in Luxemburg schaffen: dazu gehören eine vorausschauende Wohnungsbau- und -förderpolitik, eine progressive Spekulationssteuer auf Grundstücken, die im Bauperimeter liegen, aber auch Unterstützung für kinderreiche oder einkommensschwache Familien sowie für behinderte Menschen.



Die CSV will sich einsetzen, dass erschlossenes Bauland von Staat und Gemeinden verstärkt auf dem Markt angeboten wird. Sie tritt für den Ankauf von größeren Ländereien durch Staat und Gemeinden ein, die mit den nötigen Infrastrukturen versehen, zum Selbstkostenpreis als Bauland angeboten werden. Die CSV ist für die Förderung des "bail emphytéotique". Die

Bedingungen, um in den Genuss einer Bauprämie zu kommen, die Höhe dieser Prämie sowie die Bedingungen der staatlichen Bürgschaft müssen überdacht werden. Um Kleinsparer für die Anlage ihrer Ersparnisse in Mietwohnungen zu interessieren, müssen die Immobilienanlagefonds (SICAV immobilière) gefördert werden. Die CSV setzt sich ebenfalls für eine verstärkte behördliche Baukontrolle ein. Die CSV will auch die attraktivere Gestaltung des Mietmarktes (Abänderung des Mietgesetzes, staatliche Mietgarantie) vorantreiben. In Sachen Baulandspekulation will die CSV Maßnahmen vorsehen, wie z.B. die Einführung einer progressiven Grundsteuer auf den aus spekulativen Gründen nicht zum Verkauf angebotenen Bauplätzen.



Déi Lénk schlägt vor: die Straffung des gesetzlichen Instrumentariums zur Beschaffung von Bauland durch Enteignung zum öffentlichen Nutzen; massive öffentliche Wohnungsbauprogramme für Miet-, Mietkauf und Eigentumswohnungen; Leasingverträge ohne Zinsen (Mietkauf) aus einem öffentlichen Fonds für Haushalte mit bescheidenem Einkommen; die Einbettung der Wohnungsbauprogramme in Landes-, Regional-, und Stadtplanung; eine Sondersteuer für Kommunen, die keinen sozialen Wohnungsbau betreiben und die Landschaft zersiedeln; die Finanzierung dieser Maßnahmen durch die Erhöhung der Grundsteuer auf Ertragswohnungen und Einsparungen im Militärbudget.



KPL Um die Wohnungsnot zu bekämpfen schlägt die KPL eine Ausweitung der bisherigen staatlichen Wohnungsbauprogramme um mindestens weitere 1.000 Wohnungen im Jahr vor, wobei vorrangig Mietwohnungen zu bauen wären. Zwecks Finanzierung dieser Maßnahme sollte ein staatlicher Spezialfonds eingerichtet werden, in den Betriebe, entsprechend ihrem Umsatz und Profit, eine Steuer zu entrichten haben, deren Einnahmen in den öffentlichen Wohnungsbau fließen. Durchgeführt werden sollte eine Bestandsaufnahme der leerstehenden Wohnungen im ganzen Land. Besitzer von Häusern, die über längere Zeit leer stehen, sollten zum Verkauf an den Staat oder die Gemeinde verpflichtet werden, andernfalls eine Enteignung ohne Entschädigung möglich gemacht werden sollte. Die KPL tritt zudem ein für die Schaffung einer großen öffentlichen Baulandreserve. Um den Bau und die Anschaffung von Eigentumswohnungen zu fördern setzt sich die KPL ein für die Erhöhung der staatlichen Beihilfen, die Gewährung von günstigen Bau- und Renovierungsdarlehen durch die Pensionskassen und die Staatssparkasse, sowie für eine Verallgemeinerung der Erbpacht ("bail emphytéotique"). Die KPL setzt sich für eine radikale Eindämmung der Baulandspekulation ein, zum Beispiel über eine Änderung des Gesetzes über die Grundsteuer und die Einführung einer Steuer für Bauland, welche der Steigerung des Bodenwertes entspricht. Die Kommunisten befürworten den Bau von Mietwohnungen in öffentlicher Hand, gekoppelt mit einer Ausweitung des Mietkaufs.

Wirtschaft, Umwelt und Verkehr

Mit welchen Mitteln will ihre Partei die Strukturdefizite der Luxemburger Wirtschaft und die Abhängigkeit vom Finanzplatz beheben?



Die DP tritt dafür ein die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass bestehende und zukünftige Unternehmer den Mut zur Betriebsgründung finden und nicht durch hemmendes Regelwerk oder einen übertriebenen Verwaltungsaufwand in ihrem Vorhaben entmutigt werden. Die DP will nach weiteren Wegen suchen, um Luxemburg durch die Schaffung eines attraktiven gesetzlichen Rahmens eine Vorreiterrolle in bestimmten Wirtschaftszweigen zu ermöglichen. Der Industrie müssen die nötigen Infrastrukturen sowie eine optimale Energieversorgung und Transportwege ermöglicht werden, um ihre Produkte schnellstmöglich dem europäischen und internationalen Markt zuzuführen. Die DP ist auch der Meinung, dass kapitalintensive, technologisch fortschrittliche und umweltverträgliche Betriebe ein unverzichtbarer Bestandteil einer konsequenten wirtschaftlichen Expansionspolitik sind. Da die DP den Mittelstand als dynamische Quelle ständiger Innovation, als Hauptinkubator für den Unternehmergeist, als wichtigen Akteur der Diversifizierungs- und Landesplanungspolitik und als Garant für stabile Arbeitsplätze sieht, ist ihr gesamtes Programm zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit für den Mittelstand ausgerichtet. Öffentliche Forschungseinrichtungen und auch die Universität Luxemburg müssen bei ihren Forschungsprojekten ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse der luxemburgischen Wirtschaft richten.





Die Sozialisten wollen eine Wirtschaftspolitik, die Innovation und Diversifizierung fördert und ermöglicht, adäquate Grundinfrastrukturen sichert und Vollbeschäftigung anstrebt. Neben dem Dienstleistungssektor ist es ebenso wichtig, einen hochqualitativen, diversifizierten Industriesektor aufzubauen. Hier gilt es, Synergien zu fördern. Für die Sozialisten heißt Wirtschaftspolitik auch und nicht zuletzt Mittelstandspolitik. Deshalb muss die SNCI verstärkt Existenzgründungen fördern.



Luxemburgs Wirtschaft ist unzureichend diversifiziert und weitgehend vom Finanzplatz abhängig. Sie ist in qualitativ hochwertigen, technologieorientierten und wissensintensiven Branchen unterrepräsentiert. Eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik hat daher auf eine Stärkung dieser Wirtschaftsbereiche abzielen. Dem Umweltschutz soll dabei ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden.



Die CSV bemüht sich um die Beibehaltung und den Ausbau optimaler Rahmenbedingungen für die Wirtschaft (attraktives steuerliches Umfeld, niedrige Lohnnebenkosten, Verwaltungsprozeduren, Gesetzgebung und Reglementierung). Die CSV will den Ausbau der Infrastrukturen (Transport, Kommunikation, Gewerbebezonen) fortsetzen. Die CSV setzt auf Kompetenz und Innovation als Antrieb für die künftige Wirtschaftsentwicklung. Die CSV wird eine konsequente Industrieförderpolitik in die Wege leiten. Die CSV tritt besonders für die weitere Förderung des Mittelstandes ein als Rückgrat unseres Wirtschaftsgefüges und verlässlicher Beschäftigungsmotor.



Statt der Fortsetzung von Nischenpolitik tritt déi Lénk ein für einen progressiven Austritt aus dem Tanktourismus, eine Koordination der Steuer- und Wirtschaftspolitik mit den Regierungen der Nachbarländer, mit dem Ziel einer ausgeglichenen und harmonischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der Großregion; für niedrige Mehrwertsteuern und für eine einheitliche Betriebsbesteuerung in der EU auf hohem Niveau. Déi Lénk macht sich stark für den Erhalt des staatlichen Sektors der Wirtschaft (Post, Telekommunikation, Eisenbahn, öffentliche Busse und andere öffentliche Dienstleistungen); die Erweiterung der staatlichen Infrastrukturen auf dem Gebiet der Umwelt, des Sozialwesens, der Kultur, des Sports und des Bildungswesens, die Förderung von öffentlichen Beschäftigungsprogrammen.



Da Mehrwert nur im produktiven Bereich entsteht, muss das verarbeitende Gewerbe unterstützt werden (agroalimentärer Bereich, Bauwirtschaft, Energiewirtschaft). Auch die öffentliche Hand soll wirtschaftlich aktiver werden, anstatt zu privatisieren.

Welche Umweltpolitik ist für Luxemburg notwendig und zumutbar (Kioto-Protokoll)?



In Ihrer Umweltpolitik folgt die DP der Leitlinie einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft, die auf einen Ausgleich zwischen den grundsätzlich gleichberechtigten gesellschaftlichen Ansprüchen einer wirtschaftlichen, sozialen und umweltgerechten Entwicklung ausgerichtet ist. Die Hauptakzente liegen beim Natur- und Wasserschutz, einer effizienten Abfallwirtschaft, sowie dem Lärmschutz. Zum Erreichen des Kioto-Zieles haben nationale Anstrengungen wie Energiesparen, Energieeffizienz, Förderung des öffentlichen Transportes, Altbausanierung Priorität. Die DP schließt jedoch bei absehbarem Nichterreichen des Kiotozieles durch nationale Mechanismen den Gebrauch von so genannten flexiblen Mechanismen nicht aus.



Die Sozialisten wollen die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft weiter konkretisieren und regelmäßig einen Bericht über die Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen. Damit unter Berücksichtigung des Kioto-Abkommens die industriellen Aktivitäten weiterhin aufrechterhalten und ausgebaut werden können, muss eine Verkehrswende eingeleitet werden. Das Transport- und Verkehrswesen muss einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der CO₂ - sowie der Schadstoff- und der Lärmemissionen leisten. Deshalb werden die Sozialisten auf eine Energiewende mit im wesentlichen zwei Kernpunkten setzen: Energieeinsparung und vorrangiger Einsatz erneuerbarer Energien. Die Sozialisten werden das europäische CO₂-Emissionshandelsystem für Betriebe zu einem leistungsstarken Instrumentarium für Umwelt- und Klimaschutz aufbauen.



Klimaschutz ist für Déi Gréng die größte umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit. Déi Gréng streben eine Vorreiterrolle Luxemburgs an und sind generell gegen ein "Freikaufen" aus den Kioto-Verpflichtungen. Es kann nicht sein, dass den Entwicklungsländern die Verantwortung für unsere Treibhausgasemissionen angelastet wird. Die grüne Klimaschutz-Strategie zur Reduzierung der Treibhausgase umfasst ein Bündel von Maßnahmen. Dazu zählt die ökologische Steuerreform, die Energieeinsparung und -effizienz belohnt und die erneuerbaren Energien Sonne, Wind, Holz und Biogas massiv fördert. Die gezielte Förderung energiesparender Bauweise und Altbaumodernisierung sind ein weiterer Baustein aktiver grüner Klimaschutzpolitik. Im Zentrum der Klimaschutzpolitik soll in den Augen der Grünen eine unabhängige nationale Energieagentur stehen.



Die CSV tritt resolut für das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ein. Dabei steht im Mittelpunkt, dass, soziale Verantwortung, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der Schutz der natürlichen Umwelt untrennbar zusammengehören. Hinsichtlich der

Energiepolitik erachtet es die CSV als zentrale Herausforderung unserer Zeit, eine umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung zu wirtschaftlich verträglichen Preisen für eine wachsende Zahl von Menschen zu schaffen. Der derzeitige Erfolg der Nutzung der Solarenergie zeigt, dass mit finanziellen Anreizen die gewünschte Energiewende eingeleitet werden kann. Die bisher eingesetzten Energien bedingen hohe Umweltbelastungen und Gesundheitsschäden, welche von der Allgemeinheit getragen werden. Das Prinzip "pollueur-payeur" muss stärker in den Mittelpunkt treten.



Déi Lénk schlagen einen rigorosen Umweltplan vor, der unter Mitarbeit aller Betroffenen und unter Einschluss einer breitest möglichen Öffentlichkeit in einem öffentlich-rechtlichen Rahmen erstellt wird. Darin soll unter anderem festgehalten werden, dass Energie- und Transportpolitik in die alleinige öffentliche Hand gehören. Déi Lénk stellen klar, dass Landesplanung und Transportpolitik zusammen gehören.



Die Umweltpolitik beginnt mit der Landesplanung. Der Kioto-Vertrag soll von Luxemburg eingehalten werden, selbst wenn das durch eine falsche Planung der Gas-Dampfturbine und dem Fehlen von Wärmeauskopplung schwierig sein wird.



Wie sieht ihre Partei die Reorganisation des öffentlichen Transportes? Welche neuen Wege sollte Luxemburg beim Individualverkehr einschlagen?



Eine kohärente Verkehrspolitik fußt auf der freien Wahl des Einzelnen - Privatperson oder Wirtschaftsunternehmen - des seinen Bedürfnissen angepassten Transportmittels. Der seit 1999 in die Wege geleitete konsequente Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs soll weitergeführt werden unter der Vorgabe, bis zum Horizont 2020 einen "Modal Split" von 25% für den öffentlichen Verkehr zu erreichen. Die im Transportministerium konzipierte Strategie "mobilitéit.lu" soll im Rahmen des integrativen Verkehrs- und Landesplanungskonzepts (IVL) verwirklicht werden. Auch sollen neue Angebote ausgearbeitet werden wie z.B. Rufbus, Kollektiv-Taxi, Car-Sharing, Zusammenarbeit mit der CITA-Zentrale, usw.



Die Sozialisten wollen den öffentlichen Transport durch eine Verbesserung des Angebotes (Kapazität und Qualität), der Sicherheit und der Pünktlichkeit, der Zugänglichkeit für Personen mit begrenzter Mobilität sowie durch die Einführung des Nulltarifs attraktiver gestalten. Das Konzept des BTB bleibt nach wie vor die richtige Lösung, um die Verkehrsprobleme der Stadt Luxemburg und Umgebung in den Griff zu bekommen. Die Förderung und der Ausbau der innerstädtischen Buslinien, d.h. der sogenannten Citybusse, die weitere Schaffung von (interregionalen) Prioritätsspuren für Busse, weitere Auffangparkings, vor allem diesseits und jenseits der Landesgrenzen, sind ebenfalls vonnöten. Zusätzlich soll im Bereich des Schülertransportes ein ausreichendes und koordiniertes öffentliches Angebot gesichert werden. In ländlich schwach besiedelten Regionen soll ein Rufbussystem eingeführt werden.



Grüne Verkehrspolitik schafft Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen gleichberechtigten Verkehrsträgern und entlastet Straßen und Umwelt vom Stau. Die aktuelle administrative Planungsstruktur muss daher grundlegend reformiert werden. Die Verkehrsplanung muss die Gemeinden und die Großregion stärker einbinden und in einem Ministerium für Verkehrsplanung bündeln. Das Angebot an öffentlichen Transportmitteln muss stark ausgebaut und besser vernetzt, das BTB-Projekt umgesetzt und die RGTR-Struktur grundlegend reformiert werden. Für die luxemburgische Eisenbahngesellschaft CFL soll ein offensives Strategiekonzept für den nationalen und internationalen Personen- und Gütertransport ausgearbeitet werden.



Für die CSV gilt es die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (u.a. durch modernes und zuverlässiges Rollmaterial auf der Schiene) gegenüber dem Individualverkehr weiter zu steigern. Die CSV will das moderne, effiziente und leistungsfähige Konzept



"mobilité.lu" durch weitere konkrete Lösungen erweitern und anpassen, wobei ebenfalls das Zentrum der Hauptstadt mit eingebunden werden wird. Die CSV wird ebenfalls die Umsetzung der Vorschläge des IVL im Bereich der großen Infrastrukturmaßnahmen unterstützen. Die CSV unterstützt das CITA-Projekt (Centre National de Gestion de Trafic) mit der Zielsetzung die Verkehrssicherheit zu verbessern.

 Die öffentlichen Unternehmen im Personentransport sollen zusammen mit Gemeinden, Regionen und staatlichen Koordinierungsstellen zu einem Verkehrsverbund zusammengeschlossen werden, welcher den Personentransport in Luxemburg und in der Großregion flächendeckend durch ein qualitativ gutes Angebot organisiert.

KPL Die KPL, die Liberalisierung und Privatisierung ablehnt, tritt ein für den massiven Ausbau der Förderkapazitäten im Personennahverkehr, auch im grenzüberschreitenden Pendelverkehr, die Verlegung großer Teile des Gütertransports auf die Schiene, den Erhalt einer integrierten Eisenbahngesellschaft, massive Investitionen in die Modernisierung der Eisenbahnstrukturen und des Zugmaterials, die Zusammenfassung der CFL und der öffentlichen Busbetriebe in einem Verkehrsverbund und parallel dazu verbesserte Anschlüsse zwischen Bahn und Bussen an den Knotenpunkten sowie die gesetzliche Verankerung der sozialen Gleichstellung der Busfahrer in privaten Transportbetrieben mit ihren Kollegen in öffentlichen Betrieben. Wo Busse das Passagieraufkommen nur noch schwer bewältigen können, sollen Trambahnen eingesetzt werden.



Erklärung des Staatsministers zur Lage der Nation

Nicht komplette Bestandsaufnahme!

Ganz allgemein begrüßt der OGB♦L die Sachlichkeit, die der Staatsminister in seiner diesjährigen Erklärung zur Lage der Nation an den Tag gelegt hat und die parteipolitische Neutralität, die der Einschätzung zur diesjährigen Lage der Nation zugrunde liegt. Der Verzicht auf Stimmungsmache in der Belegung jener wichtigen Themen, die die Zukunft Luxemburgs bestimmen werden, lässt auf einen fairen Wahlkampf auf hohem Niveau hoffen.

Der OGB♦L stellt fest, dass der Staatsminister eine korrekte Bestandsaufnahme der aktuellen wirtschaftlichen Lage des Landes gemacht und Probleme nicht schöneredet hat, auch wenn er auf weiterhin positive Prognosen für die beiden kommenden Jahre hingewiesen hat. In diesem Zusammenhang ist der Dämpfer, den der Staatsminister den Aussagen des Präsidenten der Zentralbank aufgesetzt hat, positiv hervor zu streichen. Der Regierungschef stellte klar, dass es keine grundsätzlichen Verschlechterungen der sozial- und arbeitsrechtlichen Errungenschaften der Arbeitnehmer geben werde und wies somit den Präsidenten der "jüngsten" Zentralbank in die Schranken.

Der OGB♦L begrüßt des Weiteren, dass die Aussagen des Staatsministers zum Thema Arcelor im Tenor der Stahltripartite sind, zumindest was die Haltung der Regierung und der Gewerkschaften betrifft. Sein Aufruf an die Patronatsvertreter, gemeinsam mit den Gewerkschaften nach Mitteln und Wegen zu suchen so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten, seine wiederholte Aussage, dass es zu keinen Entlassungen kommen wird und dass um jeden Standort - also auch Düdelingen - gekämpft wird, werden vom OGB♦L mit Anerkennung aufgenommen.

Der OGB♦L hofft auch, dass der Appell des Staatsministers in Sachen "resolutes Zugehen der Sozialpartner an neue Arbeitszeitmodelle, bei denen eine verhandelte Arbeitszeitverkürzung kein Tabu bleiben darf" von den Arbeitgebern gehört und verstanden wird. Hier muss das Patronat endlich seine sture Haltung aufgeben und muss insbesondere die Arbeitszeitverkürzung als Mittel um Entlassungen zu verhindern und Sozialpläne zu vermeiden zur Anwendung kommen. Der OGB♦L bedauert, dass durch das Fehlen der regierungsseitigen Verantwortung und ihrer eher neutralen Einstellung, das Patronat bislang in seiner ablehnenden Haltung bestärkt wurde und die Initiative "maintien de l'emploi" toter Buchstabe blieb.

In der Vergangenheit hatte der OGB♦L immer wieder auf die Vernetzung von Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Schul- und Ausbildungspolitik hingewiesen. Erfreulich ist, dass der Premierminister in seiner diesjährigen Erklärung nicht nur auf diese alte OGB♦L-Forderung eingegangen ist, sondern auch den LSAP-Vorschlag eines nationalen Gipfels für den Aufschwung ("Sommet de la relance") aufgegriffen hat, um die Arbeitslosigkeit kurzfristig innovativ zu bekämpfen.

Das Eingeständnis des Premierministers, dass Luxemburg seine gesteckte Zielsetzung in Sachen Kioto und Reduzierung der Schadstoffe um 28% nicht realisieren kann und die Ankündigung einen "Klima-Fonds" zu schaffen, um die Konsequenzen von Reduktionen und Kompensationen auf finanziellem und beschäftigungspolitischem Plan begleiten zu können, wird vom OGB♦L positiv hervor gestrichen.

Einen weiteren Erfolg kann der OGB♦L in Sachen Tiefbau vermerken, da der Staatsminister nun endlich ankündigte mit allen verantwortlichen Akteuren zusammenzukommen und prophylaktisch Lösungen auszuarbeiten.

Letztendlich begrüßt der OGB♦L, dass der Premierminister die Sorgen des OGB♦L in Sachen Maßnahmen gegen den Terrorismus und für den Erhalt rechtsstaatlicher Prinzipien und Freiheiten zu teilen scheint und sowohl die Sorge um individuelle Freiheiten als auch der gewerkschaftliche Standpunkt in die Überlegungen eingeflossen sind.

Der OGB♦L wird die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen und sich zu gegebenem Zeitpunkt im Detail mit den Aussagen auseinandersetzen.

Fédération des Artisans**Unruhestifter**

Die Fédération des Artisans einmal mehr zugeschlagen, indem sie nun als Sprecher des gesamten Patronats (?) die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erneut in Frage gestellt hat respektive jede Neuerung oder Reform zurückweist.

Diesmal ging die Handwerkerföderation sogar so weit sämtlichen Diskussionen vorzugreifen indem sie ein Riesendefizit im Bereich der Krankenkassen für Ende dieses Jahres voraus sagt, ohne die richtigen Schlussfolgerungen hieraus zu ziehen.

Ihr Vorpreschen ist umso bedauerlicher, da die Tripartite eine Studie über die Be- und Entlastung der Betriebe in Auftrag gegeben hat, die Aufschluss über die Auswirkungen von Maßnahmen wie der Lohnfortzahlung geben soll. Dieser Studie sollte, laut Fahrplan der Tripartite, eine sachliche Diskussion folgen, erst anschließend daran würden Entscheidungen getroffen werden. In diesem Zusammenhang bedauert der OGB♦L, dass trotz seines Drängens die abschließende Diskussion noch nicht geführt werden konnte. In Abwesenheit einer Reaktion des Staatsministers bleibt das Terrain natürlich für alle Spekulationen offen.

Die Forderung der Fédération des Artisans nach der Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, ist nichts anderes als eine unmissverständliche Forderung nach Sozialabbau. Sie passt in das Schema dieser Patronatsföderation,

die mit ständig neuen Sparideen dabei ist, das Jahrzehnte alte Prinzip der Solidargemeinschaft und des Krankenkassenwesens abzuschaffen und die versucht, mit immer neuen Maßnahmen, Kranke aus ihren Betrieben zu verdrängen.

Als Präsident der Tripartite steht der Staatsminister jetzt in der Pflicht hier für Klärung zu sorgen.

**Zu guter Letzt noch der IWF
(Internationaler Weltwährungsfond)**

Nach der OECD und der Luxemburger Zentralbank meldete sich mit schöner Regelmäßigkeit nun auch noch der IWF in Sachen Sparmaßnahmen im Sozialbereich in Luxemburg zu Wort.

Der OGB♦L sagt auch hier ein kategorisches Nein zu jeglichen Versuchen des Abbaus, der Verschlechterung oder der Leistungsminderung, insbesondere zu der vom IWF empfohlenen höheren Zuzahlung des Einzelnen beim Arztbesuch oder einer Kürzung der Pensionen.

Der OGB♦L begrüßt hingegen die versachlichende Aussage des Budgetministers und erwünscht sich des Weiteren Aufschluss seitens der Parteien, wie sie nach dem 13. Juni mit den Anregungen des IWF umgehen wollen.

Neues Kollektivvertragsgesetz**Endlich Klarheit!**

Der OGB♦L begrüßt, dass das Parlament gestern, durch eine mehrheitliche Abstimmung des neuen Kollektivvertragsgesetzes den langjährigen Diskussionen, dem Hin- und Her und der Rechtsunsicherheit um das Kollektivvertragswesen endlich ein Ende gesetzt hat.

Das neue Gesetz ist für den OGB♦L dahingehend richtungweisend, dass es endlich Klarheit in Sachen Definition der nationalen Repräsentativität bringt und eine beschränkte sektorische Repräsentativität einführt, die vom OGB♦L nie bestritten wurde. Rechtssicherheit besteht nunmehr auch bei den so genannten "interprofessionellen", d.h. branchenübergreifenden Abkommen, die von der Dachorganisation der Patronatsverbände UEL und den national repräsentativen Gewerkschaften ausgehandelt werden.

Begrüßt werden weiter auch die Festschreibung einer beschleunigten Schlichtungsprozedur, sowie die neuen Ver-

handlungsthemen und -möglichkeiten, die den Sozialpartnern eröffnet werden.

Letztendlich ist der OGB♦L erfreut darüber, dass die Parlamentarier den verschiedentlichen ungerechtfertigten Kritiken und Interventionen aus interessierten Lagern keine Rechnung getragen haben, und sich gegen eine Zerstückelung der Gewerkschaftsszene und für eine grundlegende Reform des Kollektivvertragsgesetzes als Fundament des sozialen Friedens in Luxemburg ausgesprochen haben.

Nationale Repräsentativität bedeutet nationale Verantwortung und diese kann nur von national repräsentativen Gewerkschaften übernommen werden. Das Resultat der Sozialwahlen vom 12. November 2003 hat den OGB♦L in dieser Rolle eindrucksvoll bestätigt.



Objectif Plein Emploi

Keine Dysfonctionnements

Beim „Objectif plein emploi“ (OPE) geht es mit rechten Dingen zu. Von Unregelmäßigkeiten keine Spur. Das sagten gestern die Verantwortlichen der Beschäftigungsinitiative, die sich dabei auch auf Aussagen der Regierung berufen können.

Den Anfang hatte vor zwei Wochen die satirische Wochenzeitung „De neie Feierkrop“ gemacht. Das liberale „Journal“ zog dann gestern nach. Beim „Objectif plein emploi“ würden öffentliche Gelder zweckentfremdet, die Ergebnisse der Beschäftigungsinitiative seien mehr als mager. Als Quelle wurde ein Untersuchungsbericht der Unternehmensberater von Ernst & Young genannt.

Die Firma war im Jahr 2002 vom Arbeitsministerium mit einem Audit dieser ältesten und größten Beschäftigungsinitiative beauftragt worden. Dabei sollten sowohl Finanzen als auch Organisation und die Qualität der geleisteten Arbeit während der Jahre 1997 bis 2001 geprüft werden.

Während sechs Monaten prüften bis zu acht E&Y-Buchhalter die Unterlagen des OPE. Weitere zwölf Monate benötigten sie zur Erstellung ihres Berichts. Ein erster Entwurf, auf den sich DNF und Journal berufen, wurde im Dezember 2003 vorgelegt, stieß aber sogleich auf heftigen Protest der OPE-Verantwortlichen.

In einem Schreiben des OPE an den Arbeitsminister vom 15. Januar 2004 heißt es dazu : « *Le rapport d'Ernst & Young, cependant, n'est rien d'autre qu'un ridicule édifice de contrevérités, de suppositions malveillantes, de calomnies et de diffamations. Fantaisiste, tendancieux, voire même mensonger, il veut faire croire que les mandataires et salariés du réseau OPE sont dans l'ensemble des imposteurs ignares et incompetents. Plus encore, il met en doute le travail de contrôle effectué par de nombreuses instances, parmi lesquelles la Fiduciaire Continentale et notre ministère de tutelle, qui est le vôtre.* »

Gesetzliche Grundlage

Folgte am 5. März im Arbeitsministerium eine Sitzung von OPE, Vertretern des Arbeitsministeriums, der staatlichen „Inspection Générale des Finances“, der ADEM und von Ernst & Young.

Dabei wurde der Bericht kontradiktorisch diskutiert und an etlichen Stellen als den Tatsachen nicht entsprechend befunden.

Am 30. April dann erörterte der Ministerrat den überarbeiteten Bericht. Beim OPE sei keinerlei Unregelmäßigkeit festgestellt worden, sagte uns dazu Arbeitsminister François Biltgen. Von Veruntreuung von Geldern könne keine Rede sein. Der Audit-Bericht habe ihn jedoch in seiner Absicht bestätigt, den Beschäftigungsinitiativen eine gesetzliche Grundlage zu geben. Mehr Transparenz müsse insbesondere in Sachen Wirksamkeit der Initiativen geschaffen werden, so Biltgen weiter.

Von Anfang an habe er das OPE unterstützt, und das werde er auch in Zukunft tun, versicherte Premierminister Jean-Claude Juncker dem OPE- und OGB•L Vorsitzenden John Castegnaro.

Die „normale“ Wirtschaft sei nicht in der Lage für Vollbeschäftigung zu sorgen, daher blieben vielen Menschen lediglich Beschäftigungsinitiativen wie OPE als einzige Rettung vor der totalen Ausgrenzung, zitierte Castegnaro den Regierungschef.

Beim OPE soll es bisher nicht an Transparenz gefehlt haben. Die Initiative sei regelmäßig von ausländischen Firmen geprüft worden. „Wir können klar belegen, wohin das Geld fließt“, sagte dazu OPE-Direktor Romain Biewer. Außerdem würden dem Arbeitsministerium regelmäßig Berichte gestellt.

Im Zusammenhang mit den rezenten Zeitungsartikeln sprach Castegnaro von Unterstellungen und Angriffen auf seine Person und auf das OPE. „Es stimmt nicht, was in der Zeitung steht“. Gäbe es Probleme, würde er seine Verantwortung übernehmen, so Castegnaro weiter. Er sei nicht der Mann, der sich seiner Verantwortung entziehe. Die Artikel entbehrten jeder Grundlage.

Er sei als Person über die Art und Weise schockiert, wie nun gegen ihn verfahren werde. „Ich war mir bisher nicht so richtig bewusst, dass man als Kandidat auf ein politisches Amt zum Abschluss freigegeben sei und Schläge unter die Gürtellinie erdulden müsse.“ Doch das geschehe wohl, weil er ein unbequemer Kandidat sei.

Die Angriffe des „Journal“ wertete Castegnaro als Anbiederungsversuch an die Handwerkerföderation, der die Beschäftigungsinitiativen schon immer ein Dorn im Auge gewesen seien.

Lucien Montebusco "t"



Soziale Zukunft gemeinsam absichern

Die Zukunft des Sozialmodells Luxemburg, die Lage auf dem Arbeitsmarkt und im öffentlichen Transport standen am Donnerstag, den 13. Mai im Mittelpunkt einer Unterredung von OGB♦L und FNCTTFEL-Landesverband. Beide Organisationen zeigen sich besorgt über die Liberalisierungswelle, welche uns zu überrollen droht, sowie über den geplanten massiven Personalabbau bei Arcelor, den CFL und in anderen Betrieben.

OGB♦L und FNCTTFEL-Landesverband sind entrüstet, dass sich Regierung und Majoritätsparteien im Zusammenhang mit der Reorganisation des öffentlichen Transportes und dem entsprechenden Gesetzesprojekt weigern, überhaupt mit dem diesbezüglichen Bündnis aus Gewerkschaften und anderen Organisationen, die insgesamt über hunderttausend Mitglieder vertreten, zu diskutieren und deren Vorschläge anzuhören. Dies ist umso verwerflicher, als dieses Gesetzesprojekt die Zukunft der luxemburgischen privaten und öffentlichen Transportbetriebe gefährdet. Die darin vorgesehene Ausschreibung öffentlicher Transportleistungen, die von keiner europäischen Richtlinie verlangt wird, führt höchstens dazu, dass ausländische Großunternehmen diesen Markt übernehmen und wiederum Hunderte von Arbeitsplätzen in Luxemburg zerstört werden.

OGB♦L und FNCTTFEL-Landesverband befürchten, dass die Restrukturierungen bei Arcelor und CFL, so wie sie geplant sind, einen nie gekannten Sozialabbau einleiten werden. Die geforderte Abschaffung des Personalstatuts bei den CFL, verbunden mit massiven Gehaltskürzungen, wird eine Vorreiterrolle spielen für ähnliche Pläne bei anderen öffentlichen Dienstleistungsbetrieben, der Post, staatlichen Verwaltungen und Gemeinden (TICE, AVL...). Diese gefährliche Spirale des Sozialabbaus und Dumpings wird sich negativ auf die allgemeine Sozialsituation in den Betrieben und bei den Sozialversicherungen auswirken.

OGB♦L und FNCTTFEL-Landesverband fordern die Majoritätsparteien auf den Gesetzesentwurf zur Reorganisation des öffentlichen Transportes in dieser Form zurückzuziehen und – nach Diskussion mit allen interessierten Kreisen – im Sinne eines Verkehrsverbundes abzuändern.

OGB♦L und FNCTTFEL-Landesverband rufen die Regierung, die Arcelor und CFL-Verantwortlichen auf, in einem echten Sozialdialog die Zukunft der Betriebe, die Arbeitsplätze und die sozialen Errungenschaften abzusichern.



**Communiqué de presse de la Confédération européenne des syndicats (CES)
à l'occasion de la première rencontre entre
le Premier ministre du Luxembourg, Jean-Claude Juncker,
et le Secrétaire Général de la CES, John Monks**

Le défi de l'avenir de l'Europe sociale

Lorsque le Luxembourg prendra à son tour la présidence de l'Union européenne début 2005, ce pays se trouvera confronté à des défis d'importance. En effet, sa période de présidence coïncidera avec des décisions à prendre, entre autres, sur la Constitution européenne et le développement durable : aspects qui modèleront la direction future et la prospérité de l'Union des 25.

L'un des défis majeurs consistera à remettre sur les rails la Stratégie de Lisbonne, qui aura atteint son mi-parcours en 2005. Le nouveau groupe de travail Kok, mis en place afin d'effectuer une révision intermédiaire des progrès pour le renouvellement économique, social et environnemental de l'UE, présentera un rapport à la fin de cette année. Le Luxembourg aura comme tâche de rassembler les résultats de ce groupe et de guider les Etats membres dans la formulation de leurs réponses au Conseil européen de printemps de 2005.

La CES a toujours soutenu la Stratégie de Lisbonne qui vise à faire de l'Europe, l'économie la plus compétitive et la plus dynamique au monde d'ici 2010, celle-ci représentera un élément clé pour le développement futur de l'UE. Cependant, trois années de croissance décevante ont renversé la tendance de cette stratégie. A moins que les dirigeants européens n'adoptent une approche plus large quant à l'adoption de réformes qui équilibrent les besoins économiques, sociaux et environnementaux, l'UE risque fortement de ne pas pouvoir réaliser les objectifs de Lisbonne. Il s'agit ici de la tâche à laquelle devra faire face la Présidence luxembourgeoise.

La CES s'est engagée à contrôler de près le processus de révision à mi-parcours de la Stratégie de Lisbonne et elle a demandé la convocation de réunions régulières avec ce nouveau groupe de travail, afin de permettre un échange de vues et de contributions.

Le Luxembourg sera responsable de l'organisation du prochain Sommet Social tripartite avec les partenaires sociaux européens au printemps 2005 pour faire état des progrès réalisés. La CES a accueilli favorablement la proposition de l'actuelle Présidence irlandaise, relative à un Partenariat européen sur le Changement, reconnaissant explicitement que les partenaires sociaux ont un rôle déterminant à jouer pour réaliser les objectifs économiques et sociaux de l'Europe.

"Notre message central est que le dialogue

social, la négociation collective, la protection et la participation des travailleurs ne soient pas une entrave à la compétitivité et l'efficacité économique," a déclaré le Secrétaire Général de la CES, John Monks. "Ils peuvent représenter une contribution essentielle à l'innovation, la productivité et le développement durable."

Une autre tâche qui incombera à la Présidence luxembourgeoise en 2005 sera de progresser sur la Constitution de l'UE. La CES demande actuellement un accord rapide sur le Traité constitutionnel qui renforce les objectifs de l'UE en matière de démocratie, de liberté et de justice sociale en tant qu'importantes étapes vers l'intégration. Il est probable que l'année prochaine connaîtra des négociations difficiles, lorsque de nombreux Etats membres soumettront cette proposition à leurs citoyens.

Le Luxembourg a déjà fait un pas avec le lancement de la Stratégie européenne pour l'Emploi, approuvée par les dirigeants de l'UE au "Sommet de l'Emploi" de 1997. Cependant, le chômage est actuellement en hausse dans l'UE et des mesures visant à soutenir et à renforcer le rétablissement de l'économie européenne, accompagnées d'un investissement en termes de qualifications et de formation sont plus que jamais nécessaires si l'Europe veut assurer une croissance durable.

Avec une Europe élargie créée il y a à peine cinq jours, les prochains mois représenteront une période de défis pour l'UE et ses dirigeants qui devront faire face à des décisions cruciales quant au futur du modèle social européen.





Die Richtlinie Bolkestein

Frontalangriff auf das soziale Europa

Unter dem Vorwand des Abbaus von Hindernissen beim Handel mit Dienstleistungen, startet die Brüsseler Kommission einen Generalangriff auf die Arbeitnehmer- und Konsumentenrechte in Europa.

Was will Frits Bolkestein?

Bevor wir näher hierauf eingehen, möchten wir an die GATS-Verhandlungen (allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) erinnern. Damals hatte die europäische Union, stellvertretend für ihre Mitgliedsländer, bereits ihre Einwilligung gegeben.

Die GATS-Verhandlungen, die im Rahmen der WTO (Welthandelsorganisation) stattfanden, sollten den gesamten Dienstleistungssektor liberalisieren. Dabei sollte der Staat die meisten Mittel zur Regulierung des Marktes verlieren. Einmal gegebene Liberalisierungsverpflichtungen sollten so gut wie nicht mehr zurückzunehmen sein. Betroffen waren alle Dienstleistungen, von der Wasserversorgung bis zum Gesundheitswesen, Gesundheit, Kultur. Daseinsvorsorge als Ware! Nachdem die Tragweite dieser Verhandlungen erkennbar wurden, ging ein Aufschrei durch die Zivilgesellschaft. Massiver Widerstand organisierte sich. Die GATS-Verhandlungen scheiterten.

Jetzt nimmt die Kommission einen neuen Anlauf. Der überaus liberale Brüsseler Kommissar Frits Bolkestein hat den Vorschlag zu einer Direktive über den Abbau von Hindernissen beim Handel mit Dienstleistungen innerhalb von Europa ausgearbeitet. Dieser soll noch viel weiter als die damaligen GATS-Verhandlungen gehen.

1. Das Herkunftsland

Nach der Harmonisierung auf hohem Niveau und der gegenseitigen Anerkennung (Anerkennung der Normen des Landes, in dem die Dienstleistung erbracht wird) die bisher galt, sollen nun plötzlich die Regeln des Herkunftslandes gelten: z. B. ein polnischer Betrieb arbeitet in Luxemburg nach polnischen Regeln. Luxemburg verliert jegliches Recht auf irgendwelche Kontrollen. Es darf nur noch intervenieren falls polnisches Recht verletzt wird und dann auch nicht direkt, sondern nur in Polen selbst. Man sieht schon die Gewerbeinspektion mit einem Kleinlaster durch das Großherzogtum fahren, mit allen europäischen Gesetzgebungen an Bord, um Verstöße gegen die Gesetzgebung eines der 25 Mitgliedsländer festzustellen. Dies ist einfach unmöglich! Und welches Herkunftsland ist denn imstande gegen Betriebe vorzugehen, die irgendwo in Europa arbeiten? Wiederum unmöglich! In der Praxis wird es überhaupt keine Kontrollen mehr geben.

2. Wegfall aller möglichen Quoten, finanzieller Garantien und Qualitätsnormen

Keine finanziellen Garantien mehr, die hinterlegt werden müssen. Keine Quoten mehr, wie z.B. bei den Apotheken in Luxemburg. Bleiben wir beim Beispiel Polen. Polnische Diplome, polnische Umwelt- und Qualitätsstandards für Arbeiten in Luxemburg. Keine Genehmigungsprozeduren mehr. Man könnte die Liste fortführen.

Die katastrophalen Folgen der Richtlinie Bolkestein

- Für die Arbeitnehmer:
Der Druck auf die Löhne wird steigen und der Abbau von Sozialleistungen ist voraus zu sehen. Arbeitsplätze werden in jenen Ländern massiv verloren gehen, in denen soziale und rechtliche Schutzmechanismen auf hohem Niveau bestehen.
- Für die Umwelt:
Hohe Umweltstandards zu halten wird unmöglich sein, da diese nur die eigenen Betriebe gegenüber den Betrieben, die ihren Sitz in ein Land mit weniger strengen Richtlinien verlegt haben, benachteiligen werden.
- Für das Gesundheits- und Sozialwesen:
Luxemburg verliert jegliche Gestaltungsfreiheit in diesen Bereichen. Jede Qualitätsnorm könnte als unstatthafte Wettbewerbsverzerrung ausgelegt werden und müsste deshalb abgeschafft werden.
- Für die Konsumenten:
Wer bitteschön wird denn in Polen klagen, falls er mit der Dienstleistung, die ausgeführt wurde, nicht zufrieden ist? Und wer kennt die unterschiedlichen Sicherheitsvorschriften in allen 25 EU-Staaten?
- Für die kleinen und mittleren Betriebe
Für diese Betriebe sieht die Zukunft ebenfalls düster aus. Wenn die großen multinationalen Dienstleister ihre Firmensitze in ein Billigland innerhalb der EU verlegen - und davon wird sie niemand abhalten - dann werden die kleinen und mittleren Betriebe ganz bestimmt nicht mithalten können, sie unterboten werden und früher oder später aus dem Rennen scheiden.
- Wir alle :
Wenn alles zur Ware wird und der Staat jegliche politische Gestaltungsfreiheit verliert, werden alle verlieren. Dann kann das europäische Modell zu den Akten gelegt werden. Daseinsvorsorgeleistungen (services d'intérêts

généraux) wird es nur noch für diejenigen geben, die es sich leisten können.

Und wer wird gewinnen?

Wie so oft die großen Konzerne auf Kosten aller anderen!

Was tun?

Geht es nach dem Willen der europäischen Kommission soll die Richtlinie bis 2005 umgesetzt sein. Deshalb muss die luxemburgische Regierung Farbe bekennen und sich, wie z.B. die belgische Regierung und andere Länder, massiv gegen die Bolkestein-Richtlinie im Ministerrat aussprechen und endlich eine klare Stellung beziehen, die im Interesse der Arbeitnehmer, der Konsumenten, der kleinen und mittleren Betriebe sowie der Einkommensschwachen ist.

Die Vertreter Luxemburgs im EU-Parlament müssen gegen die Vorlage stimmen wenn sie zur Diskussion kommt.

An diesem Beispiel sieht man wie wichtig die Wahlen zum Europaparlament sind. Die Rolle des Europaparlaments wird immer noch unterschätzt. Es ist keineswegs gleichgültig, wer im Juni ins Europaparlament einzieht.

Was wird der OGB•L tun?

Neben Interventionen auf nationaler Ebene und im EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund), die schon begonnen haben, wird der OGB•L eine Konferenz mit dem Wissenschaftler Dr. Raoul Marc Jennar, am 1. Juli um 19.30 Uhr in der Maison du Peuple in Esch/Alzette organisieren. Dr. Jennar gilt als einer der führenden Köpfe in diesem Bereich.

Er wird in französisch sprechen. Diese Konferenz wird der Startschuss zu weiteren Aktionen im Herbst sein.

Nico Clement

Conférence du Docteur Raoul Marc Jennar

le jeudi 1^{er} juillet 2004 à 19h30
à la Maison du Peuple à Esch/Alzette

sur la directive UE élaborée par Frits Bolkenstein

**qui va à l'encontre du modèle social européen
et qui est contestée par les syndicats.**

Journée mondiale pour la sécurité et la santé du travail

La prévention est payante !!

Six mille morts par jour

L'Organisation internationale du Travail, une agence tripartite (gouvernements, employeurs, syndicats) des Nations Unies, estime que chaque année plus de deux millions deux cent mille personnes trouvent la mort au travail. Six mille morts par jour, un mort toutes les quinze secondes, c'est plus que les ravages causés par les guerres chaque année !

Parmi ces décès, près de 350.000 ont lieu au cours d'accidents du travail. Les autres sont causés par des maladies liées au travail. Ainsi, plus de 400.000 morts sont causées par l'exposition à des substances chimiques, elle-même responsable de 35 millions des 160 millions de cas de maladies professionnelles enregistrés dans le monde.

Les statistiques montrent également que le fardeau social et économique des accidents et des maladies liés au travail n'est pas réparti de façon égale. Les taux de mortalité dans plusieurs régions du Moyen-Orient et d'Asie peuvent être quatre fois plus importants que dans les pays industrialisés.

Les responsables de l'OIT rappellent que, pour eux, «bien que le risque zéro n'existe pas les accidents du travail ne doivent pas être

considérés comme une fatalité, ils ne se produisent pas, ils sont causés». Et les causes peuvent être multiples, mais convergent toutes vers la négligence: celle des employeurs peu scrupuleux qui rechignent à consacrer des ressources à la sécurité, au nom du profit ; celle des gouvernements qui rechignent à ratifier des conventions internationales et finalement celle, parfois, des travailleurs eux-mêmes, le plus souvent par manque de formation et d'information.

Les armes de la prévention

Avec l'OIT, l'OGB•L estime que bon nombre de catastrophes et de pratiques de travail quotidiennes et dangereuses peuvent être évitées et que la prévention doit devenir une priorité. Dès lors l'OGB•L lance un appel aux patrons luxembourgeois de privilégier le dialogue social au sein de l'entreprise comme élément clé de la prévention tout comme de la sécurité et de la santé au travail.

Par ailleurs, l'OGB•L tient à rappeler sa revendication faite sur recommandation de la CISL (Confédération Internationale des Syndicats Libres) l'année dernière à l'adresse du Gouvernement pour instaurer le 28 avril comme Journée officielle de commémoration des victimes d'accidents du travail et de suivre ainsi l'exemple de la Belgique, de l'Espagne et du Portugal.

**Syndicat Santé
et Services Sociaux**

Employés privés des pharmacies

Négociations de la convention collective de travail

Manifestation de protestation

Le 26 avril 2004, les employés privés (aides en pharmacie et pharmaciens sans officine) se sont réunis au Casino syndical à Luxembourg-Bonnevoie pour adresser un dernier appel aux employeurs de réviser leur position afin d'éviter un conflit social !

Rappelons que jusqu'à aujourd'hui les négociations pour une nouvelle convention collective n'ont abouti à aucun résultat essentiel à cause d'un patronat qui essaie depuis 10 mois de casser la solidarité entre aides en pharmacie et pharmaciens sans officine, d'affaiblir le secteur, de provoquer la rivalité et de semer la zizanie, ... !



Le personnel qui a participé en très grand nombre à la manifestation de protestation a décidé unanimement d'adresser la lettre suivante au président du Syndicat des Pharmaciens Luxembourgeois a.s.b.l. :

*Monsieur le Président,
Les aides en pharmacie et les pharmaciens sans officine, qui ont participé en grand nombre à la manifestation de protestation du 26 avril 2004, lancent un dernier appel au Syndicat des Pharmaciens Luxembourgeois afin d'éviter un conflit social.*

Nous vous demandons d'intervenir auprès de vos membres, réunis le 28 avril 2004 en assemblée générale et de leur présen-

ter nos revendications et nos décisions :

- ♦ *le personnel des pharmacies invite le Syndicat des Pharmaciens Luxembourgeois à s'engager dans des négociations qui auront pour objectif une amélioration sensible des conditions de travail et de salaire des employés travaillant dans les pharmacies ;*
- ♦ *le personnel invite l'assemblée générale du Syndicat des Pharmaciens Luxembourgeois à donner à sa délégation de négociation un mandat et les marges de manœuvre nécessaires, afin que les négociations pour une nouvelle convention collective des employés travaillant dans les pharmacies puissent se faire sous les meilleures conditions et se terminer dans un délai raisonnable ;*
- ♦ *le personnel n'acceptera qu'un mandat de votre délégation qui ne mettra plus en doute le champ d'application de la nouvelle convention collective, à savoir : une convention applicable aussi bien pour les aides en pharmacie que pour les pharmaciens sans officine ;*
- ♦ *le personnel des pharmacies confirme le mandat de sa délégation de négociation et le catalogue de revendication tel que présenté le 18 février 2004 à la délégation patronale ;*
- ♦ *la manifestation de protestation du 26 avril 2004 est à considérer comme dernier appel afin d'éviter un conflit social pour lequel la responsabilité incombera au Syndicat des Pharmaciens Luxembourgeois ;*
- ♦ *la commission tarifaire de l'OGB♦L et la délégation de négociation salariale ont reçu du personnel la mission de continuer à informer et à mobiliser tous les employés du secteur et d'entamer le cas échéant la procédure de conciliation.*

Monsieur le Président, je tiens à souligner que le personnel est prêt à continuer des négociations sérieuses afin de garantir la paix sociale, sous condition que ces négociations se fassent dans un esprit partiel.

Dans l'attente de votre réponse, je vous prie d'agréer, Monsieur le Président, l'expression de mes sentiments très distingués.

*Pierre SCHREINER
Secrétaire central de l'OGB♦L*

Une lettre de réponse qui nous a été adressée le 4 mai 2004 de la part du

nouveau président du Syndicat des Pharmaciens Luxembourgeois, Théo Thiry, montre clairement que les employeurs n'ont pas encore saisi la colère de leur personnel, due à l'attitude provocatrice du syndicat patronal. Les organes compétents du Syndicat Santé et Services Sociaux de l'OGB♦L vont prendre les décisions adéquates et vont continuer d'informer et de mobiliser les employés du secteur des pharmacies. Nous y reviendrons dans le numéro 6 d'Actuel.



**Syndicat des Services Privés
de Nettoyage**

Secteur nettoyage

Renouvellement de la convention collective

C'est après plus d'un an de négociations qu'enfin un accord a pu être trouvé et que l'OGB♦L et le LCGB ont signé la nouvelle la convention collective avec la Fédération des entreprises de nettoyage pour les quelque 6000 salariés du secteur.

Dans le cadre de ces négociations, la priorité a été accordée à la revalorisation du métier des salariés du secteur "Nettoyage" et à la mise en place de structures de salaires correctes selon les critères de classification, d'ancienneté et de capacités. En plus, un accent particulier a été mis sur le maintien de l'emploi. Les principales améliorations qui ont pu être négociées sont les suivantes :

Une **nouvelle grille de salaire** est instaurée tenant compte notamment d'une augmentation linéaire par rapport au salaire social minimum :

- ♦ au 1^{er} mai 2004 (en cas de signature en avril) une augmentation de 1,5%
- ♦ au 1^{er} janvier 2005 une augmentation de 0,5%
- ♦ au 1^{er} janvier 2006 une augmentation de 1%

Augmentations pour l'ancienneté

- ◆ 1% après 10 ans d'ancienneté
- ◆ 1% après 15 ans d'ancienneté
- ◆ 1% après 20 ans d'ancienneté

Prime d'insalubrité

Elle a été doublée et sera de 2,5 /par heure

Travail de dimanche

Le travail de dimanche sera rémunéré avec un supplément de 80% (auparavant 70%).

Travail de nuit

Le travail de nuit entre 23h00 et 6h00 sera rémunéré avec un supplément de 20%.

Prime de fin d'année

Une prime de fin d'année de 2% du salaire social minimum brut sur les heures prestées y compris les heures supplémentaires est accordée. Elle est conditionnée selon des critères des présences. Cette prime sera payable tous les ans en mai.

Il reste à souligner que cette convention sera déclarée d'obligation générale pour tous les employeurs du secteur.

La présentation officielle de cette nouvelle convention collective a eu lieu dans les locaux de la Chambre des Métiers. À cette occasion, les représentants des employeurs de la Fédération des nettoyeurs ont pu accueillir le ministre du Travail, François Biltgen, ainsi que les secrétaires syndicaux des syndicats OGB♦L et LCGB accompagnés de quelques délégués du personnel du secteur.

Dans leurs interventions, les partenaires sociaux et le ministre ont souligné que cette convention collective est un substantiel pas en avant dans un secteur difficile. Elle devra permettre de revaloriser l'image de marque du métier, de promouvoir le professionnalisme et d'apporter des améliorations au niveau des conditions de salaire et de travail ainsi qu'au niveau de la sécurité et santé au lieu de travail.

Toujours est-il que les syndicats doivent rester vigilants pour défendre les intérêts des salariés et de les protéger des abus éventuels dans le domaine du droit de travail et au niveau du respect de la convention collective.

Léon Jenal

I.S.S. Servisystem

Mieux vaut balayer devant sa porte ...

En ce qui concerne l'interprétation polémique et largement subjective des conditions de travail et de rémunération auprès de la société I.S.S., l'OGB♦L tient à faire une mise au point. L'OGB♦L regrette que ce n'est que par RTL-Radio que tant lui que l'Inspection du travail et des mines ont été informés sur les problèmes en question tout en devoir subir à la même occasion des critiques injustifiées.

C'est un fait qu'auprès de la société I.S.S. - comme par ailleurs dans d'autres entreprises de nettoyage de la même envergure - des problèmes existent au niveau de l'interprétation du droit de travail et de la convention collective. L'OGB♦L considère comme sa mission primaire d'aplanir, en collaboration avec la délégation du personnel, tous les différents qui peuvent surgir dans les relations au travail et de défendre les intérêts des salariés, soit au niveau de leurs conditions de travail, au niveau de la sécurité sur le lieu de travail ou de leur statut social.

Pour l'OGB♦L, la proportionnalité des moyens reste de mise : ainsi, ce n'est pas du genre des représentants de l'OGB♦L d'étaler des problèmes internes de l'entreprise ou des divergences de vue au grand jour voire dans les médias. Ceci est surtout vrai pour des actes de revanche isolés ou des problèmes inhérents à certaines personnes.

Contrairement à l'assertion que tous les acteurs impliqués auraient reçu une copie de la lettre en question transmise à RTL, ni l'OGB♦L, ni l'ITM, ni l'I.S.S n'étaient saisis de la plainte. Par ailleurs, la procédure "normale" prévoit que les délégués d'entreprise informent en premier lieu le secrétaire central du syndicat et en discutent par après dans les structures compétentes. Le silence qui régnait dans cette affaire et la "bombe" qu'on a fait exploser en public donnent à réfléchir. D'autant plus qu'il y a quelques jours seulement, la déléguée libérée en question avait affirmé sur demande du secrétaire central que "tout baigne" dans l'entreprise.

L'OGB♦L ne peut s'empêcher de constater qu'en période préélectorale, tous les moyens semblent bons pour certains lutteurs de classe d'influencer l'opinion

et de faire une démonstration de clanisme. Les responsables de ce parti ont utilisé une situation pour arriver à leurs propres fins sans égard aux conséquences éventuelles pour les concernés.

L'OGB♦L continuera son travail - aussi dans le secteur du nettoyage - avec la conséquence et l'honnêteté qui lui sont propres. Il assistera comme toujours les délégués du personnel et les salariés pour exiger le respect du droit du travail et de la convention collective, pour empêcher des licenciements, pour offrir son aide là où il en faut ... mais jamais, jamais, il ne permettra qu'on se serve de lui pour poser un acte de revanche motivé par des raisons personnelles ou politiques.

Lors de sa réunion du 6 mai, la direction syndicale compétente de l'OGB♦L - organe statutaire composé exclusivement de représentants du secteur - s'est officiellement distancée de la façon de procéder.



Syndicat Bois, Caoutchouc, Céramique, Chimie, Ciment, Papier, Plastique, Textile et Verre

Rubbermaid sarl

Nouvelle convention collective de travail

Ce 3 mai 2004, l'OGB♦L, seul syndicat contractant présent dans l'entreprise, vient de négocier et de signer une nouvelle convention collective de travail pour le personnel ouvrier de l'entreprise Rubbermaid située sur le zoning industriel du Haneboesch à Niedercorn. Pour rappel : il s'agit de la deuxième convention collective signée dans l'entreprise. La signature de la première convention a nécessité trois années de négociations pour une convention d'une durée d'un an.

Les négociations de renouvellement de la convention ont commencé en septembre 2002. Divers changements opérés au sein de la direction locale ont eu pour résultat un enlisement des négociations. L'arrivée d'un nouveau directeur de site refusant une réelle



négociation de fond a eu pour conséquence la saisine de l'Office de conciliation de la part de l'OGB♦L en juillet 2003.

Après deux réunions devant l'Office de conciliation et sans réelle avancée dans les négociations, la délégation syndicale de l'OGB♦L a mobilisé le personnel et un rassemblement de protestation fut organisé le 26 mars dernier. Ce rassemblement qui a connu une participation importante a réellement permis de débloquer la situation et de faire avancer les négociations.

Ces négociations ont permis d'aboutir à un projet d'accord qui a été soumis pour vote au personnel de l'entreprise. Le projet a été accepté avec une petite majorité de 52% des voix, non pas parce qu'il est mauvais, mais tout simplement parce que le personnel souhaite par ce vote rappeler à la direction qu'il reste mobilisable et qu'au moindre écart ou pépin il est prêt à riposter.

La nouvelle convention prévoit entre autres :

1. **Durée** de la convention : trois ans, du 01.01.03 au 31.12.05
2. Le paiement d'une **prime unique** correspondant à 1,5% du salaire annuel brut de base à chaque salarié sous contrat le 5 avril 2004 et ce au pro-rata des prestations de l'année 2003.
3. A partir de 2004 il sera procédé à la **mise en place d'une prime de fin d'année**. Cette prime est composée de deux éléments : une partie **fixe** et forfaitaire représentant par salarié **2%** d'un salaire annuel brut et d'une partie **variable** de **1%** d'un salaire annuel brut de base. La partie variable étant liée aux résultats de l'entreprise en fonction de critères qualitatifs et quantitatifs.
4. Pour tout litige concernant la partie variable de la prime, les salariés pourront saisir une commission paritaire composée de deux représentants de la direction ainsi que de deux représentants du personnel.
5. Pour l'année 2004 **un jour de congé exceptionnel** est accordé à chaque salarié ayant moins de 8 jours d'absence entre le 3 mai 2004 et le 30 novembre 2004.
6. A partir de 2005 l'ensemble des travailleurs bénéficiera de **3 jours de congés complémentaires**.

7. Une **flexibilité encadrée** et basée sur un plan industriel clairement défini et présenté à la délégation syndicale sera mise en place.

A compter du 1er juin 2004 et jusqu'au 31 décembre 2004 l'employeur pourra capitaliser (en plus et/ou en moins) 3 jours de travail par ouvrier. A partir de janvier 2005, cette capitalisation passera à 6 jours.

L'entreprise organisera le travail de sorte qu'à la fin de chaque année le solde des jours capitalisés soit équivalent à zéro et coïncide avec le nombre d'heures de travail prévues dans le contrat de travail.

8. Un plan de **formation** sera mis en place.
9. La convention contient également une clause de **garantie du volume de l'emploi** à activité égale et ce malgré le changement de l'organisation du travail prévu par la flexibilité encadrée.

Catalyst Recovery Europe à Rodange

Renouvellement de la convention collective de travail des employés

Le mercredi 21 avril l'OGB♦L seul syndicat contractant dans l'entreprise, a signé une nouvelle convention collective de travail pour le personnel sous statut employé de l'entreprise CRE située à Rodange.

La convention entre en vigueur le 1er janvier 2004 et est conclue pour une durée de 15 mois.

Le point principal de cette convention consiste en une augmentation salariale de 3% en moyenne pour l'ensemble du personnel sous statut employé.

L'enveloppe de 3% est répartie de façon suivante: 2% d'augmentation générale pour tous les employés et une moyenne de 1% sur base d'une évaluation individuelle.

Il a également été convenu de procéder, le cas échéant, à un rattrapage individuel des salaires et ce en fonction de "la courbe des salaires CRE".

Les points négociés antérieurement sont maintenus intégralement; à savoir le 13e mois, une prime de rendement variable, 26 jours de congé annuel, un congé supplémentaire par tranche de 5 années d'ancienneté.



**Syndicat Banques,
Assurances, Fiduciaires**

Convention collective des employés de banques

Première réunion devant l'Office national de conciliation

Suite à l'échec des négociations pour le renouvellement de la convention collective des employés de banque le 29 mars 2004, les syndicats OGB♦L/SBA et LCGB-SESF avaient saisi l'Office national de conciliation.

Le mardi 11 mai 2004 à 8h45 s'est tenue la 1ère réunion devant l'Office national de conciliation en ce qui concerne le litige opposant les syndicats et l'ABBL dans le cadre du renouvellement de la convention collective des employés de banques.

Lors de cette réunion, les syndicats et le patronat bancaire ont présenté leurs positions sur les différents aspects de la négociation.

Les syndicats OGB♦L/SBA et LCGB/SESF ont, pour leur part, longuement exposé les détails de leurs revendications sur les quatre volets de la négociation ; à savoir la rémunération, mais aussi la formation, les fonctions et les mesures proactives en vue du maintien de l'emploi.

Devant l'importance des divergences de vues entre les partenaires sociaux, l'Office national de conciliation a proposé de rencontrer séparément chacune des parties.

Au terme de ces deux réunions, les syndicats évalueront la possibilité ou non de dégager un compromis.



John Castegnaro
Président

Voter pour l'avenir !

Evidemment on ne peut pas rester indifférent à qui gouvernera le pays après le 13 juin et qui le préparera ainsi à l'avenir. Cet avenir, celui des jeunes d'aujourd'hui et plus encore celui des générations futures, sera déterminant à un point où rien ne devra être laissé au hasard. Derrière le reproche fait au président de l'OGB•L, d'être de la "vieille école", se cache l'engagement de ce dernier en faveur de la sécurité sociale et de l'équité sociale grâce au progrès social et une redistribution équitable. Les expérimentations sont dangereuses surtout si elles sont réalisées sur le dos de la majorité de la population, les travailleurs. Ainsi jour après jour, cette appréhension est confirmée par le biais des prises de position patronales, les directives émises par la Commission européenne ou d'autres institutions telles l'OCDE, la Banque mondiale, les banques centrales européenne ou encore luxembourgeoise.

Il est dès lors de première importance de bien choisir celui qui gouvernera le pays et de déterminer les majorités au Parlement européen.

Transformation sociale

Beaucoup de pays européens ont démontré au cours des dernières années ce qu'ils entendent par "modernisation" des systèmes de sécurité sociale : le démontage social pur et simple au détriment des travailleurs et de leurs familles, sans que pour la même raison le chômage, la pauvreté et l'exclusion sociale n'aient pu être réduits, bien au contraire.

Les Européens, les travailleurs doivent être "préparés" afin que l'Union européenne atteigne son but : devenir la force économique la plus importante et la plus compétitive dans le monde - sans égard aux conséquences sociales qui en découlent. La soi-disant "transformation" entamée par le biais de la privatisation et de la libéralisation doit être accompagnée et réglée au niveau social. La productivité, la compétitivité et le profit ne peuvent être des fins en eux-mêmes, même pas s'ils sont à la base de la prospérité ou de la protection sociale pour tous. Ce qui vaut pour l'Union européenne est également vrai pour le Luxembourg. Le chômage

augmente, la pression exercée sur le niveau de nos prestations sociales également. Tous les jours, nous sommes bombardés dans les médias avec des discussions de certains milieux sur le "mur des pensions", la réduction des prestations des caisses de maladie assorties de l'introduction de journées de carence et un abaissement de l'indemnité-maladie à 80% du revenu. Malheureusement, ces théories ne sont pas des chimères.

Déterminer le bon rapport de force politique

Les programmes électoraux, les appels au vote, les slogans et affiches font parties intégrantes de la campagne électorale. Ils n'ont, cependant, pas de caractère obligatoire, donc autant ne pas écouter ces chants de sirène. Evidemment, chaque électeur doit former son opinion, mais pour ce faire, il ne devrait pas trop se fier aux sondages électoraux. Les rapports de force politiques, c.à d. la capacité des partis à même de gouverner et leur poids respectif sont la règle pour la négociation de l'accord de coalition et du programme du prochain gouvernement. Ce ne sont pas les programmes électoraux qui détermineront la politique des cinq prochaines années. Dès lors, le prochain programme gouvernemental devra porter la juste griffe.

Quand on parle de politique et de direction politique, il en va aussi de la crédibilité et de la confiance. Ainsi, ce n'est pas du tout pareil quels politiciens et politiciennes vont écrire, influencer et par la suite exécuter le programme du prochain gouvernement.

Eviter l'abandon

Arcelor et les CFL sont deux bons exemples pour illustrer comment de bonnes et mauvaises décisions peuvent influencer tant sur les travailleurs que sur les clients, comme c'est le cas pour les CFL. Jusqu'à présent le grand conflit social chez Arcelor est loin d'être résolu. Les négociations et discussions avancent à petits pas. Suite au succès de la manifestation de protestation à Dudelange et la grève d'avertissement du 14 mai, les attentes des travailleurs sont très renforcées. C'était même une grève historique dans le

sens où presque 100 % des ouvriers et employés avaient arrêté ensemble le travail pendant 24 heures avec, au centre de l'action, leurs revendications en faveur de la garantie des salaires et de l'emploi, d'une bonne organisation du travail et des conditions de travail optimales dans le respect de la santé et de la sécurité au travail.

Arcelor peut se porter garant d'un côté des droits et garanties du personnel de la sidérurgie et des tréfileries, de l'autre de la sauvegarde et de la création de nouveaux emplois industriels. Arcelor symbolise aujourd'hui une culture d'entreprise humaine qui a fait ses preuves et qui demain pourra être réduite à néant. Grâce à la présence de syndicats forts, l'Arbed a toujours assumé un rôle de pionnier en matière de politique salariale et d'amélioration des conditions de travail. Voilà un autre enjeu du conflit qui oppose Arcelor aux syndicats OGB•L et LCGB: éviter qu'Arcelor, en jetant l'acquis par-dessus bord, ne devienne un mauvais exemple à imiter par d'autres entreprises et secteurs.

Il est temps qu'Arcelor et le gouvernement assument leurs responsabilités : les syndicats et le personnel l'ont déjà fait.

"Ensemble assurons l'avenir"

Aussi après les élections, l'OGB•L défendra les intérêts des travailleurs avec conséquence. Un grand nombre de militants et militantes de l'OGB•L - parmi eux le président de l'OGB•L - se présentent sur différentes listes aux élections. Ils connaissent les problèmes, les attentes et les peurs des gens. L'avenir ne devrait pas intimider les gens, mais il devrait être un défi pour sécuriser l'acquis social et, le cas échéant, le rendre plus équitable encore.

Et pourtant, nous ne sommes pas utopistes, non, bien au contraire, nous sommes des réalistes qui veulent contribuer à éliminer les failles existant au niveau de notre système économique, d'éducation et de formation afin de garantir l'accès au travail et partant une assise matérielle à tout un chacun dans notre pays.



Resolution

Der Syndikatstag des OGB♦L-ACAL, tagend am 25. April 2004 im „Centre Atert“ in Bartringen, verabschiedet folgende Resolution:

Resoluter Kampf dem Sozialdumping

Um in Zukunft Skandale wie die Affäre Kralowetz zu verhindern, fordert der OGB♦L-ACAL dem Sozialdumping ernsthaft den Kampf anzusagen.

Als mögliche Formen des Sozialdumpings gelten illegale Beschäftigung von Drittland-Fahrern; Schwarzarbeit; das Betreiben von Fahrzeugen die nicht versichert sind; das Betreiben von Fahrzeugen, die nicht durch ein Zertifikat der staatlichen Kontrollstation abgedeckt sind; überlange unbezahlte Arbeitszeiten; ungenügende Ruhezeiten; Überladung.

Auch die Delokalisierung von Transportbetrieben nach Luxemburg respektive von Luxemburg nach anderen EU- oder Drittstaaten in Form von Briefkastenfirmen führt zu Wettbewerbsverzerrungen, die letztendlich dem Ruf des Landes schaden und die Sozialbedingungen nach unten treiben.

Der OGB♦L-ACAL richtet einen dringenden Appell an die politisch Verantwortlichen, dieser Entwicklung durch verstärkte Kontrollen und adäquate Gesetze Einhalt zu gebieten. Um die nötige Transparenz in die Nischenpolitik zu bringen, verlangt der OGB♦L das Thema endlich auf die Tagesordnung der Tripartite zu setzen. Der OGB♦L-ACAL fordert weiterhin eine gemeinsame Vorgehensweise im Kampf gegen Sozialdumping auf europäischer Ebene.

Definition der Arbeitszeit

Der OGB♦L-ACAL ruft den Transportminister und den Arbeitsminister auf, die europäische Richtlinie 2002/15/CE mit welcher endlich eine klare Definition der Arbeitszeit für das Fahrpersonal eingeführt wird, noch vor Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode in nationales Recht umzusetzen.

Berufsausbildung gefordert

Der OGB♦L-ACAL stellt fest, dass die begonnenen Gespräche betreffend die Umsetzung der Richtlinie 2003/59/CE vom 15. Juli 2003 über eine obligatorische Aus- und Weiterbildung der Berufskraftfahrer ins Stocken geraten sind. Er appelliert an den Transportminister, den Dialog mit den Sozialpartnern diesbezüglich wieder aufzunehmen, damit diese wichtige Richtlinie, im Einklang mit den Sozialpartnern, fristgerecht zum September 2006 in Kraft treten kann.

Bussektor: Klare Verhältnisse verlangt

Der OGB♦L-ACAL ist skandalisiert über den aktuellen Kollektivvertrag im privaten Bussektor und richtet einen dringenden Appell an den Arbeitgeberverband FLEAA, im Interesse aller Betroffenen, den Text nachzubessern, damit in Zukunft keine Widersprüche enthalten sind, die Anlass zu Interpretationsschwierigkeiten geben.

Betreffend das Gesetzprojekt über den öffentlichen Transport, ruft der OGB♦L-ACAL den Transportminister auf, das Gesetz zu überarbeiten und den Gewerkschaften ein Mitspracherecht einzuräumen.

Gütertransport: den Gewerkschaftsforderungen Rechnung tragen

Für die bevorstehenden Verhandlungen zur Erneuerung des Kollektivvertrags für die Beschäftigten des gewerblichen Straßengüterverkehrs, verlangt der OGB♦L-ACAL einen zügigen Fortgang der Verhandlungen.

Er appelliert an den Arbeitgeberverband „Groupement Transport“ den Forderungskatalog der Gewerkschaften ernsthaft zu analysieren, der sich wie folgt zusammenfasst:

- ♦ Verbesserung der Urlaubsregelung
- ♦ Erhöhung der Reisespesen
- ♦ Anpassung der Löhne
- ♦ Einführung einer klaren Definition der Arbeitszeit
- ♦ Anwendung der Verordnung 3820/85 auf Fahrzeuge unter 3,5 Tonnen
- ♦ Spezialbestimmungen für Möbelspediteure und Umzugsunternehmen
- ♦ Spezialbestimmungen für das Nicht-Fahrpersonal
- ♦ Diskussion über die berufliche Aus- und Weiterbildung

Taxisektor: Minimalnormen respektieren

Der OGB♦L-ACAL verfolgt mit Besorgnis die Lage im Taxisektor und stellt fest, dass die meisten Taxiunternehmer sich nicht an den Kollektivvertrag halten. Auch Schwarzarbeit steht in dieser Branche auf der Tagesordnung. Der OGB♦L-ACAL verlangt verstärkte Kontrollen seitens der Gewerbeinspektion und der Polizei.

Anerkennung der Betriebsdelegationen

In zahlreichen Transportbetrieben werden die Ausschussleute bei wichtigen Entscheidungen übergangen oder wird ihre Arbeit behindert. Der OGB♦L-ACAL ruft die Arbeitgeber auf, die diesbezügliche Gesetzgebung zu respektieren.

Der OGB♦L-ACAL richtet einen Appell an den Arbeitsminister, die Gesetzgebung in der bestmöglichen Frist an die heutigen Verhältnisse anzupassen und, vor allem, der speziellen Lage im Transportsektor Rechnung zu tragen.

Verstärkte Kontrollen

Um die Lage im Transportsektor, sowohl aus Sicherheitsgründen als auch aus arbeitsrechtlichen Gründen, im Griff zu behalten, sind verstärkte Kontrollen unumgänglich.

In dem Zusammenhang verlangt der OGB♦L-ACAL eine Ausdehnung des Kompetenzbereichs der Zoll- und Akzisenverwaltung, damit diese Verwaltung künftig auch Kontrollen betreffend die Straßenverkehrsordnung durchführen kann.

Außerdem fordert der OGB♦L-ACAL die geplante Reform der Gewerbeinspektion zügig voran zu treiben und dieser Verwaltung die nötigen Infrastrukturen, die nötigen Kompetenzen und ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen, damit endlich effiziente Kontrollen durchgeführt werden können.

Chienne de Vie



CDD, CDI ET VOILA LE « CIF » !

CDD (contrat de travail à durée déterminée), CDI (contrat de travail à durée indéterminée), vous connaissez.

Avez-vous entendu parler du « CIF », (contrat d'intérim fixe) ?

Non ? Pourtant, à voir l'interprétation très large qu'en ont fait certaines entreprises de travail intérimaire et certaines entreprises utilisatrices de cette main d'œuvre, on peut affirmer que le CIF (contrat d'intérim fixe) est une réalité.

La loi du 19 mai 1994 portant réglementation du travail intérimaire et du prêt temporaire de main d'œuvre a prévu que la durée du contrat de mission ne peut excéder 12 mois pour un même salarié et pour un même poste de travail, renouvellement compris. Cette même loi précise aussi que le contrat de mise à disposition entre l'entrepreneur de travail intérimaire et l'entreprise utilisatrice ne peut être conclu que pour l'exécution d'une tâche précise et non durable au sens des dispositions de l'article 5 de la loi du 24 mai 1989 sur le contrat de travail ; il ne peut avoir pour objet de pourvoir durablement à un emploi lié à l'activité normale et permanente de l'utilisateur.

Or, de nombreux travailleurs intérimaires sont mis à disposition des mêmes entreprises utilisatrices pendant plusieurs années.

Comment ? Mais en changeant la qualification, le poste de travail... alors qu'en réalité le travailleur intérimaire fait toujours le même « boulot » et que finalement, avec l'avalanche de contrats de mission qu'il a conclus avec l'entreprise de travail intérimaire, et les contrats de mise à disposition conclus entre la société d'intérim et l'utilisateur, il pourvoit durablement à un emploi lié à l'activité normale et permanente de l'entreprise.

Ces entreprises surnomment d'ailleurs ces travailleurs des « intérimaires fixes ».

Certains vous diront que ce qui compte, c'est d'avoir un boulot. Raisonement un peu trop simpliste.

Le législateur, en 1994, a légiféré pour cadrer le travail intérimaire et pour éviter certaines dérives.

Et si chacun peut faire sa « popote » dans son coin, à quoi cela sert-il de réglementer ?

Il serait intéressant de connaître le nombre de ces « CIF » sur l'ensemble du marché du travail, pour ainsi déterminer le nombre de CDI « déguisés ».

Philippe Manenti

IMPRESSUM

Zeitung des OGB♦L

“Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburg”

Verleger: OGB♦L “Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg”

Herausgeber für den OGB♦L : John Castegnaro

60, bd. J.F. Kennedy ♦ B.P. 149 ♦ L-4002 Esch/Alzette

Editeur responsable pour la Belgique :

Yvon Moinet ♦ FOY 13 B ♦ B-6600 Bastogne

INTERNET: <http://www.ogb-l.lu> / e-mail: ogb-l@ogb-l.lu

Tel.: 54 05 45-1 ♦ Fax: 54 16 20

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen der Beiträge vor. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement la position de la rédaction. La rédaction se réserve le droit d'abrégé les textes.

Chefredakteur: Chantal Boly - chantal.boly@ogb-l.lu

Koordination: Christiane Wagner - christiane.wagner@ogb-l.lu

Layout: James Vallad - james.vallad@ogb-l.lu

Druck ♦ Impression: Techprint, Esch/Lankelz

Genossenschaft Gewerkschaftsheim "MAISON DU PEUPLE"

Die Mitglieder sind hiermit freundlichst
eingeladen, an der
ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG
der 'Genossenschaft Gewerkschaftsheim
'MAISON DU PEUPLE' teilzunehmen,
welche am Donnerstag,
den 1. Juli 2004 um 17.00 Uhr
in der OGB♦L-Zentrale in Esch/Alzette
stattfinden wird.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Präsenzen
2. Bericht der letzten Generalversammlung
3. Rechenschaftsbericht
4. Gewinn- und Verlustrechnung
Bilanz 2003
5. Entlastung des Verwaltungsrates
6. Neuwahl des Verwaltungs- und
Aufsichtsrates
7. Verschiedenes.

Für den Verwaltungsrat
Marie-Thérèse Sannipoli
Präsidentin

CENTRALE DU LAV a.s.b.l.

Die Mitglieder sind hiermit freundlichst
eingeladen, an der
ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG
der 'CENTRALE DU LAV a.s.b.l.'
teilzunehmen,
welche am Donnerstag,
den 1. Juli 2004 um 17.30 Uhr
in der OGB♦L-Zentrale in Esch/Alzette
stattfinden wird.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Präsenzen
2. Bericht der letzten Generalversammlung
3. Rechenschaftsbericht
4. Gewinn- und Verlustrechnung
Bilanz 2003
5. Entlastung des Verwaltungsrates
6. Neuwahl des Verwaltungs- und
Aufsichtsrates
7. Verschiedenes.

Für den Verwaltungsrat
Marie-Thérèse Sannipoli
Präsidentin

OGB♦L Sektion Wiltz Sommerfest der Regionale Norden

Die dem Regionalverband Norden angegliederten Sektionen laden hiermit
alle ihre Mitglieder mit Familie zum diesjährigen Sommerfest ein,
am **Sonntag, den 27. Juni 2004**

in Wiltz „um Knupp zu Uewer-Wooltz“ (ist ausgeschildert)

Tagesablauf

- ♦ 10.45 Uhr: Festeröffnung mit Faßanstich
- ♦ 11.00 Uhr: Start zur Wanderung. (+/- 4 km. 1 Stunde)
- ♦ 11.30 Uhr: Grillspezialitäten mit Beilagen
- ♦ Ab 14.00 Uhr: Spiele für Groß und Klein
- ♦ 17.00 Uhr: Siegerehrung und Bekanntgabe der Gewinner

Teilnehmerpreis (alles inbegriffen mit Ausnahme der Getränke): 3.- €

Anmeldungen werden bis spätestens 18. Juni 2004 angenommen.

Regionalbüro Ettelbrück, 6, rue Prince Jean, L-9052 Ettelbrück
Tel.: 81 90 01-1, Fax: 81 97 13, E-mail: regionale.ettelbruck@ogb-l.lu

Busdienst: Abfahrtszeiten und -orte auf Anfrage.





Dans la série des publications de la Caisse de Maladie des Employés Privés vient de paraître le dépliant "Les moyens accessoires". Il peut être commandé auprès de la CMEP; il est aussi téléchargeable sur le site <http://cmep.lu>



Le directeur de la CMEP Jean Karen (à droite) et son président Armand Drews lors d'une conférence de presse pour la présentation de la campagne.

Nouveau service de l'OGB♦L

Une nouvelle permanence est organisée à partir de juin à **Kayl**
7, Grand-rue
tous les mardis de 19h00 à 21h00
Tél. : 56 32 63

Neue OGB♦L-Dienstleistung

Sprechstunden ab Juni auch in **Kayl**
7, Grand-rue
jeden Dienstag von 19.00 – 21.00 Uhr
Tél. : 56 32 63

Section Immigrés région Differdange/Rodange

Excursion en bus à Durbuy - La Roche (B)

Programme

- 8h00 : Départ au parking du terrain de football à Niederkorn
- 9h30 : Arrivée à Durbuy
Visite de la plus petite ville du monde avec le petit train.
Visite d'une confiserie artisanale (possibilité d'achat)
- 11h30 : Départ vers La Roche en Ardenne
A midi, déjeuner (facultatif)
Après-midi libre
Possibilité de visiter le parc à gibier
- 18h00 : Retour vers Wolvelange
Repas du soir en commun (jambon, frites et salade, tarte, café)
- Vers 22h00 : Arrivée à Niederkorn

Prix de l'excursion

- (bus, visite en train et repas du soir) :
- Membre et conjoint : 40 euros
 - Enfant (moins de 12 ans) : 20 euros
 - Non-membre : 60 euros
- (Le paiement se fait dans le bus)

Réservations

Adolfo De Matteis : GSM 021 273 581
Bernard Colussi : 26 50 21 22 / GSM 021 622 690



Quelques avancées mais toujours des lacunes en défaveur des salariés



Lors de son assemblée plénière du 30 avril 2004, sous la présidence de Jean-Claude Reding, la Chambre des Employés Privés (CEP•L) a notamment analysé le projet de loi qui modifie la récente loi sur la réinsertion professionnelle des travailleurs à capacité réduite.

Le CEP•L approuve le reclassement possible sans demande en invalidité...

La CEP•L note avec satisfaction que la procédure de reclassement professionnel des personnes incapables d'occuper leur dernier poste de travail suite à une maladie prolongée peut dorénavant être lancée sans que la personne concernée n'ait au préalable introduit une demande en invalidité.

La CEP•L regrette toutefois que le texte proposé installe des automatismes contraignants vis-à-vis desquels les assurés n'ont plus la possibilité de se faire entendre. Désormais, les dossiers des personnes malades seront examinés, dans les dix premières semaines de la maladie, par le Contrôle médical de la sécurité sociale qui, le cas échéant, saisira la Commission mixte de reclassement.

Par ailleurs, la Chambre des Employés Privés estime qu'il serait nécessaire, afin de faire bénéficier tous les travailleurs de la procédure de reclassement, de prévoir une saisine directe de la Commission mixte par le salarié en collaboration avec son médecin traitant et/ou le médecin du travail. Le salarié devrait en effet être à même de saisir cette commission en dehors de tout congé de maladie, par exemple en cas de maladie dégénérative qui n'empêche pas le travailleur d'être actif mais pas forcément dans les mêmes fonctions, vu l'évolution de la maladie.

... demande une continuation du paiement du salaire par l'employeur

La Chambre des Employés Privés demande la modification de la disposition qui prévoit que l'indemnité compensatoire est payée par le Fonds pour l'emploi. Après son reclassement, le travailleur concerné peut en effet attendre plusieurs mois avant le premier versement de l'indemnité compensatoire.

Par conséquent, la CEP•L estime qu'il serait plus approprié et juste de demander à l'employeur, économiquement plus

fort que le travailleur, d'avancer l'intégralité de l'ancienne rémunération au travailleur reclassé. Ce changement aurait également pour conséquence d'alléger considérablement la procédure et éviterait des difficultés administratives relatives aux déclarations de cotisations et d'impôts.

Si la CEP•L approuve par ailleurs la nouvelle indexation du salaire qui sert de base de calcul pour l'indemnité compensatoire versée lors de l'éventuel reclassement pour garantir au salarié le maintien du niveau de son dernier salaire, elle exige toutefois que la base de calcul soit en plus ajustée aux évolutions réelles des salaires prévues par les contrats de travail individuels ou collectifs.

... se pose des questions quant à l'assimilation des frontaliers

Au vœu de la loi actuelle, les frontaliers sont assimilés aux résidents, ce dont la CEP•L se félicite. Toutefois, sans commentaire, la disposition afférente est modifiée dans le sens que, en cas de reclassement externe, le Luxembourg se propose de ne payer que le différentiel entre l'indemnité de chômage versée par le pays de résidence et celle due au Luxembourg.

Aux yeux de la CEP•L, cette modification des règles risque de créer une montagne de complications administratives. La nouvelle disposition implique en effet une série de questions: le salarié en voie de reclassement externe doit-il s'inscrire auprès de l'administration de l'emploi de son pays de résidence pour y bénéficier de l'indemnité de chômage? Est-ce qu'il doit être simultanément disponible pour les deux marchés de l'emploi? Est-ce qu'il touche l'indemnité compensatoire s'il accepte un emploi à l'étranger? Doit-il renoncer à son statut de chômeur dans son pays de résidence une fois qu'il pourra jouir de l'indemnité d'attente au Luxembourg?

La CEP•L attire en outre l'attention sur la dénomination même de l'«indemnité d'attente» qui peut ne pas être reconnue par les partenaires européens et peut, le cas échéant, entraîner des discriminations entre salariés.

L'intégralité de l'avis de la CEP•L se trouve sur www.cepl.lu.

Die Entwicklung der Schule und Ausbildung in der Eifel-Ardennen-Ösling-Region

Anlässlich der Konferenz der Gewerkschaften DGB, OGB♦L und FGTB über die Entwicklung der Schule und Ausbildung in der Eifel-Ardennen-Ösling-Region in Wiltz am 8. Mai 2004 wurden die gleichen Probleme in Belgien, Deutschland und Luxemburg festgestellt.

Darunter fällt u.a. der Lehrermangel, die Heterogenität der Klassen, die in der Praxis nicht immer gewährte Anerkennung der Diplome (in der dualen Ausbildung insbesondere), usw.

Daher müssen gemeinsame Lösungen ausgearbeitet werden, wie:

- Den Schulen sollte die entsprechende Autonomie zur grenzüberschreitenden Kooperation gewährt werden; dabei müssen übergeordnete administrative Hemmnisse vermieden werden. So könnte mittels Abgleich der Lehrinhalte die grenzüberschreitende Zertifizierung wesentlich vereinfacht werden.
- Den Lehrpersonen sollten Praktika in der Wirtschaft ermöglicht werden. Dazu müssten allerdings die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Auch muss die Vertretung der Lehrkraft während des Praktikums gesichert sein, um das Ausfallen des Unterricht zu vermeiden.
- Wert muss auf die Bewusstseinsbildung zum Erlernen der Sprache des Nachbarn gelegt werden. Dies könnte die Mobilität auf dem überregionalen Arbeitsmarkt fördern. Ungenügende Sprachkenntnisse dürfen aber nicht das Erlangen eines Abschlussdiploms verhindern (differenziertes Diplom).
- Die Präsenz der Arbeitsverwaltungen in der Schule sollte ausgebaut werden. Diese sollten sich besonders der Berufswahlfindung, Berufsorientierung und Berufsinformation in der Schule widmen.



- Der Dialog und die Kooperation zwischen Wirtschaft und Schule sollte gefördert werden.
- Zuverlässige mittelfristige Prognosen über die Entwicklung der Berufe und die beruflichen Ansprüche sollten aufgrund der Anforderungen der Wirtschaft erarbeitet werden. Auf diese Weise kann die Schule entsprechend reagieren. Daneben könnten die Schulen mittels besonderer Angebote entsprechende Spezialisierungen in Kooperation mit der Wirtschaft anbieten.

"O Mundo do Trabalho"

TODOS OS SABADOS
entre as 9h30 e as 10h00

na RADIO LATINA

101.2 e 103.1 FM

Um programa de informação da OGB♦L
para todos os trabalhadores
com apresentação
de Eduardo Dias

Para estar bem informado sobre as realidades económicas
e sociais do Luxemburgo e da Europa

**OUÇA AS NOSSAS EMISSÕES
FAÇA AS SUAS SUGESTÕES OU CRITICAS
LIGUE PARA O TELEFONE 1363**

Ouçã a



todas as 3as Feiras
entre as 19H00 e as 20H00
Programa "OS VOSSOS DIREITOS"

EDUARDO DIAS
esclarece e responde às questões dos ouvintes
sobre as leis sociais e do trabalho

Pode colocar as suas questões através do telefone 54 94 18
ou escreva para **Radio Amizade**
Programa "Os Vossos Direitos"
1, rue de l'Eau L-4130 ESCH/ALZETTE

Pension des ex-militaires portugais résidant au Luxembourg Plus de 300 militaires devant le Consulat du Portugal

Malgré toutes les manifestations, les pétitions, les entrevues, le gouvernement portugais ne veut pas accorder le droit à la pension à tous les ex-militaires portugais.

Malgré l'intervention du Premier ministre Jean-Claude Juncker, lors de sa récente visite au Portugal, auprès du gouvernement portugais et des organisations syndicales portugaises, la situation est toujours dans une impasse.

La loi qui a été approuvée par le Parlement portugais (Assembleia da República) est un premier pas et une victoire de notre engagement. Mais il reste du chemin à faire.

La loi est restrictive et discriminatoire. Restrictive parce qu'elle laisse de côté plusieurs milliers d'ex-militaires et ne contemple que ceux qui ont fait la guerre coloniale et elle est discriminatoire parce qu'elle n'inclut pas tous les immigrés.

La Commission des ex-militaires portugais résidant au Luxembourg ne va pas baisser les bras et elle va continuer à agir en faveur de tous ceux qui ont fait le service militaire obligatoire et qui réclament que le temps de service militaire soit pris en compte para la sécurité sociale portugaise.

La Commission des ex-militaires portugais, avec l'appui de l'OGB♦L, poursuit sa lutte!

Eduardo Dias



*CEUX QUI CHEZ NOUS
RÉCLAMENT DES SALAIRES
> 12000/Ann (= 2.925 - €)
PEUVENT ÊTRE TRÈS BIEN
RETOURNER LA-BAS !*

LA LOI DU PATRON

Un employeur luxembourgeois a ajouté l'invitation ci-contre (munie de sa signature !) à une copie d'un article de presse (AFP) qui annonçait une décision du gouvernement portugais d'augmenter le salaire minimum de 2,5% pour le porter à 365,6 € à partir du 1^{er} janvier 2004 et il l'a affiché à la libre lecture de ses salariés, surtout de ceux venant du Portugal.

Cet employeur n'a pas manqué d'indiquer que le salaire minimum luxembourgeois était de 3,84 fois supérieur, soit 1.402,96 €.

Cette « performance patronale » était due au fait qu'après d'innombrables et inutiles tentatives de trouver un arrangement à l'amiable, deux ouvriers ont fait recours au tribunal pour défendre leurs intérêts et obliger l'employeur à respecter les dispositions conventionnelles en vigueur qui, s'agissant de travail à la tâche, peuvent bien comporter un salaire mensuel de 3.000 €.

Et si le tribunal donnait raison aux ouvriers ?

... je pense que ce serait à ceux qui n'acceptent pas notre législation et nos conventions collectives de cesser l'exploitation chez nous et d'aller jouer l'entrepreneur ailleurs!

Affaire à suivre.

Valerio De Matteis



Busreisen

Regelmässige Ferienfahrten bis September 2004

Gardasee

ab 504.- €

Parkhotel Oasi**** / 1 Woche (HP)

Belgische Küste / Ostende

ab 435.- €

Hotel Pacific*** / 1 Woche (HP)

Schwarzwald / Hinterzarten

ab 471.- €

Hotel Schwarzwaldhof*** / 1 Woche (HP)

Salzburgerland / Zell am See

ab 527.- €

Hotel Latini**** / 1 Woche (HP)

Tirol / Seefeld

ab 970.- €

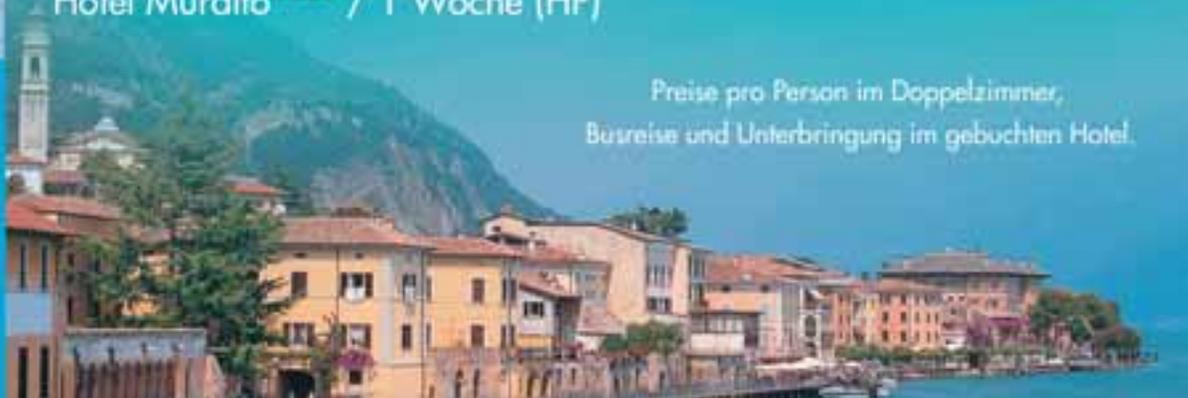
Hotel Astoria Relax & Spa ***** / 1 Woche (HP)

Lago Maggiore / Locarno

ab 905.- €

Hotel Muralto**** / 1 Woche (HP)

Preise pro Person im Doppelzimmer,
Busreise und Unterbringung im gebuchten Hotel.



Voyages ATOL



City Center **VOYAGES FLAMMANG**

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80 • Fax: 52 52 88
e-mail: dudelange@flammang.lu

LE MOT MYSTÉRIEUX

GROSSE BOUTEILLE	▼	EN BOITANT	▼	RETARD	▼	ESPRIT	▼	CONSTRUITES
DANSE ANCIENNE		FLEUR		DE LANGUE PORTUGAISE		FIBRE TEXTILE		
▶		▼		▼		▼		▼
COMIQUE	▶	10		2				9
RONDELLE FRITE								
▶	5				PIÈCES À BUCAREST	▶		3
CONSONNONS	▶		8				AVEN	1
MANILLON								
▶		NEPTUNIUM	▶		OUILLE	▶	▼	
		SUPPLÉMENT			TÉMOIGNAGES D'AFFECTION			
MESSAGER DIVIN	▶	▼	4					
PARCOURS SINUEUX								
▶						TRADITIONS	▶	
						COLLINE DE RUINES		
CAOUTCHOUC DURCI	▶							SAISONS
LE MATIN								
▶		ÉCLATE	▶	6	7			▼
		BATEAU PLAT					CRI D'AFICIONADO	
FIGURE DE VOLTIGE AÉRIENNE	BONNE ACTION	▶▼		PÂTE DE MAISONS	▶			
	GRANDE SURFACE			CUBE				
▶	▼			▼				
CONTRATS	▶						ENTRÉE EN MATIÈRE	▶

A gagner:

- 1^{er} prix : 1 grand barbecue électrique
- 2^e prix : 1 petit barbecue électrique
- 3^e prix : 1 réveil-matin

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 15 juin 2004 à :

OGB♦L
Service Information et Presse
B.P.149
L-4002 Esch/Alzette

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Joël Jung.

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

IV/72 © HACHEL INT

M	C	E	C						
L	I	M	E	T	T	I	E	R	
R	E	D	O	U	B	L	E		
G	O	R	A	V	I	E	S		
B	R	A	S	E	Z	T			
J	O	U	I	T	A	I	R		
L	I	E	E	S	N	I			
P	A	N	S	U	E	S	C		
N	E	R	I	V	E	T			
S	T	E	M	N	E	R	I		
S	A	H	E	L	O				
D	O	T	U	T	O	N			
B	R	A	S	S	E	N	S		

10

ERREURS
FEHLER
DIFFERENCES
DIFERENCIAS

Découvrez les 10 différences qui existent entre les deux dessins

Tell the 10 differences between the two drawings

Encuentre las 10 diferencias que existen entre los dos cuadros

Die zwei Bilder unterscheiden sich in 10 Punkten. Welche ?



04/2004 - Solution : PERMISSION

Gilles Lach, Entrange (F), 1^{er} prix
 Christian Plawny, Bivels (L), 2^{ème} prix
 Godard Jean-Marie, Meix-le-Tiche (B), 3^{ème} prix



KREUZWORTRÄTSEL

Landwirtschaftliche Pflanzung			Bücherei, Abkommen	Art der Kleidung (engl.)		Kurz für in das	Wellenfahren	Verben		Kurzschaltung (Kw.)	Reibung	Sportkleidung		ein Pflanzenstängel
radioaktives Element			4			getrocknete Wurzeln								1
						ein Gegenstand		Windjacke						
Stachelgewächs			Bereich der Arktis (lat.)	stark										nicht Samstag, nicht Sonntag
Rachenhaut		Kleberpflanze					spann, fächerförmig				Reibmittel		großes Pflanzenstiel	
								Staat			Reibmittel			
Diebstahl	Reihen	Feuerstelle		Körperstellung				Staat						
Neue Aufregung							TV-Moderator (Kurzname)							
Lebensgefäß (Yaka)				Roman von King			heißes Vulkangestein							etwas, portug. Kulturen in Italien
Vereinigung				Verdanken										Vorläufer der EU
							berühmte Veranstaltung							

1 2 3 4 5

Die Buchstaben der Felder 1 bis 5 ergeben das Lösungswort.

Zu gewinnen sind:

1. Preis: 1 großer elektrischer Grill
2. Preis: 1 kleiner elektrischer Grill
3. Preis: 1 Wecker

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB•L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 15. Juni 2004 an:

OGB•L-Pressabteilung

Postfach 149

L-4002 Esch/Alzette

Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB•L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Joël Jung abgeholt werden.

10

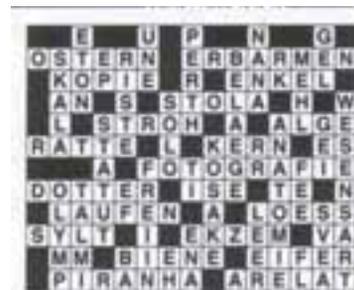
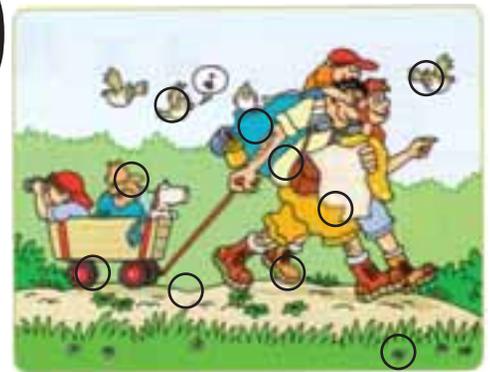
ERREURS
FEHLER
DIFFERENCES
DIFERENCIAS

SOLUTION

AUFLÖSUNG

ANSWER

SOLUCIÓN



04/2004 Lösung Kreuzworträtsel: FLOHMARKT

Léonie Terzer, Rumelange
Simone Pacella, Kayl
Josy Berg, Ettelbrück

1. Preis
2. Preis
3. Preis



SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
Esch/Alzette L-4002 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Lorang Yasmine	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Differdange L-4620 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
Dudelange L-3441 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Luxembourg L-1490 19, rue d'Epernay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Medvescek Jeff Jeblick Viviane		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
Ettelbruck L-9052 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01-1 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
Rodange L-4818 72, av. Dr. Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Moinet Yvon Müller Gérard		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
Grevenmacher L-6720 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
Wiltz L-9557 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie

Lunedì	LUSSEMBURGO	19, rue d'Epernay	Tél.: 49 60 05-205	14.30 - 17.30
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30
Giovedì	LUSSEMBURGO	19, rue d'Epernay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30
Giovedì	DUDELANGE	31, av. G.D. Charlotte	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01-1	14.30 - 18.00
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.30 - 17.30

Per le permanenze a Rodange si prega prendere appuntamento al numero 54 05 45-236

SBA
Luxembourg
Tél.: 26 49 69-0

SPÉCIAL FRONTALIERS

Frontaliers français: * 64, rue Maréchal Foch (face à la Poste)

B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche

Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+

Fax: (0033) 3 82 50 32 53

email : ogbl@wanadoo.fr

Mardi et vendredi (vend. sur rdv): 14.00 - 18.00 hrs

Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs

* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines

Tél.: (0033) 3 82 50 61 51

Lundi et jeudi : 15.30 - 17.00 hrs

* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville

(bureau de l'union locale CGT)

Tél.: (0033) 3 82 54 27 90

Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

Deutsche Grenzgänger: * Burgweg 10 - D-54646 Bettingen

Wolfgang Schnarrbach

Tel.: (0049) 6527 - 12 79

Fax: (0049) 6527 - 93 38 61

E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES

Permanences des conseillers EURES

Sprechstunden der EURES-Berater



- de l'EURES PED:
Yvon Moinet à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz
Romain Clees in Düdelingen und Grevenmacher
à Dudelange et à Grevenmacher

Frontaliers belges: * 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon

Tél.: (0032) 63 23 00 50

Fax: (0032) 63 22 64 32

Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs

* FGFB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne

Tél.: (0032) 61 21 19 87

Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

* FGFB rue des usines, 16A - B-6791 Athus

Tél.: (0032) 0477 26 88 89 (GSM)

Mercredi et vendredi de 14.00 à 17.00 hrs

* FGFB rue L. Libert, 22 - B-Aywaille

les 1er et 3ème lundi et jeudi du mois

de 14h30 à 17h30

Tél.: (0032) 04-384 81 52

Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"

OGB-L ETTTELBRUCK 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01-1

le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)

Quinta-Feira 14h30 - 18h00

OGB-L WILTZ 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70

le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)

Terça-Feira 14h30 - 18h00